

Wormörs

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 Einzelposten in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Spalten-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Kreuzsperr: Amt I, Nr. 1508,
 Telegraphen-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Dienstag, den 28. November 1899. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die wissenschaftliche Leibgarde Schweinburgs.

Deutsche Professoren, darunter zahlreiche von der Universität Berlin, haben sich zu einer „freien Vereinigung für Flottenvorträge“ zusammengeschlossen. Sie wollen zum Volke herabsteigen und ihre wissenschaftliche Autorität in die Dienste der von Herrn Schweinburg geleiteten Flotten-Agitation stellen. Neben Vorträgen, deren ersten Herr Professor Schmoller halten wird, wirken die wissenschaftlichen Leuchten auch publizistisch. „Lokal-Anzeiger“ und „Die Woche“ des Herrn Scherl sind vornehmlich die Organe, in denen dem Volke wissenschaftlich die Notwendigkeit einer starken Kriegsstotte nachgewiesen werden soll.

Die Herren Professoren mögen in ihrem engeren Fache sehr geschulte und kenntnisreiche Herren sein, politisch sind sie keine Autoritäten, sondern Männer, die nur allzu leicht und allzu oft ihr Wissen in den Dienst jeder mächtigen Strömung stellen. Wir glauben zu dieser Qualifikation der deutschen Professoren umso berechtigter zu sein, als gerade bei der Beurteilung der Flottenfrage die innere Haltlosigkeit der Herren vor der Wissenschaft deutlich zu Tage tritt. Unter den zahlreichen Professoren für Flottenpropaganda befindet sich auch Adolf Wagner. Derselbe hat sich noch vor kurzen — es war zu Anfang dieses Jahres — ganz energisch gegen eine Weltpolitik Deutschlands ausgesprochen. Es ist der Mühe wert, das Verhalten eines solchen Professors dem deutschen Volke ein wenig vorzuführen, damit es zu einer richtigen Einschätzung der sogenannten wissenschaftlichen Autorität auf dem Gebiete der Politik gelangt. Prof. Wagner führte damals in einem Artikel über den Wert der deutschen See- und Exportinteressen aus:

Man werde Eisenbahnen von vielen Tausend Kilometern kaum, neue Handelsflotten würden entstehen und ein großartiger Güteraustausch werde eingeleitet werden. Seien dabei wirklich für unseren Volkswohlfahrt so viele dauernde Vorteile zu gewärtigen? Jedes Ding habe als Naturprodukt einen gewissen Wert, der sich bei der Verwandlung zum Fabrikat um den Preis der Arbeit vermehre, welche an den Gegenstand gewendet werde. Unsere ökonomische Hebelwirkung beruhe auf die Dauer darauf, daß wir durch Verbesserung der Technik die Kosten des Rohproduktes und des Fabrikates vermindern. Das habe aber doch immer seine Grenzen. Denn drübe die Konkurrenz auf den Arbeitslohn und Gewinn. Hier aber drohe der Sieg dessen, der mit den niedrigsten Löhnen arbeiten könne, und das sei der „Katte“. „Ist somit — fährt Wagner wörtlich fort — wirklich eine Besserung des Wohlstandes des Bürgers von solcher Entlohnung zu erwarten? Die Lebensbedingungen werden dadurch nur komplizierter. Was aber diese Schwierigkeiten verschärft, das ist die Steigerung der sozialen Gegensätze. In erster Linie werden ja bei solcher Ausweitung des Weltmarktes jene Kreise profitieren, welche die gegebenen Konjunkturen im großen auszunutzen vermögen, kaufmännische, industrielle, Großunternehmer. Es wird mit der Ansammlung großer Kapitalien in den Händen einzelner der Luxus solcher Kreise wieder einen ungeheuren Aufschwung nehmen, die Kapitalübermacht derselben noch wachsen, damit aber auch die Gefährdung großer Existenzgruppen sich steigern“.

Die Ausführungen Wagners bedeuten eine entschiedenere Beurteilung der von den Kolonial- und Ueberseeschwärmern gewünschten Welt handelspolitik. Als eine solche wurden die Ausführungen Wagners in der That auch von aller Oeffentlichkeit aufgefacht, wie auch eine scharfe Polemik des „Deutschen Oekonomist“ gegen Wagners Ausführungen seiner Zeit deutlich bewies. Steht man nun aber grundfänglich auf diesem Standpunkte Wagners und erblickt mit ihm in der Export handelspolitik eine Gefahr für Deutschland, so muß man logischerweise zur Ablehnung jeder Flottenvorlage gelangen, denn die Kriegsstotte wird als Förderungsmittel des zu vermehrenden Export handels angepriesen. Von einem schwer gelehrten Professor wie Herr Adolf Wagner möchte man ein solch konsequentes Verhalten immer noch erwarten. Aber weit gefehlt. Nicht nur etwa Schirp und Scherl, auch Wagner macht alles; er vertreibt eine deutsche Weltpolitik, tritt aber unentwegt für die Vergrößerung der deutschen Flotte ein. Daß bei einem solchen Verhalten die wissenschaftliche Autorität zum Teufel gehen muß, ist anscheinend Nebensache. Nicht nur ist Wagner Mitglied des Vereins für Flottenvorträge, er weilt auch in der „Woche“ gegen die „Stenerschen“ des deutschen Volkes und ergeht sich dort in einer Flottenbegeisterung, die einem Schweinburg alle Ehre machen würde. Dies widersprüchsvolle Verhalten ist für die gesamte deutsche Professorenwelt geradezu typisch. Wir behaupten nicht, daß es nicht auch noch Professoren gebe, die über die Wahrung ihres beruflichen Ansehens ernstlich denken, aber diese sind in der Minorität.

Gegenüber dem hochtrabenden Wesen der Berliner Professoren berührt es schon überaus angenehm, wenn ein deutscher Professor einer Marinevorlage gegenüber so kühl sich verhält, wie der Erlanger Germanist Steinmeyer, der über sein Urteil wegen der Marinevorlage befragt, sich für inkompetent erklärt und nur bitter bemerkt:

„Ich könnte nur von meinem subjektiven Standpunkt aus als deutscher Gelehrter und Angehöriger einer deutschen Universität dem Stohsesser Ausdruck geben: Was könnte nicht alles für die deutschen Universitäten, die oft jahrelang um wenige Tausende von Mark petitionieren müssen, geschehen und welcher Gewinn könnte der Bildung Deutschlands zugeführt

werden, wenn der Kostenbetrag auch nur eines einzigen Panzerschiffes unter den deutschen Hochschulen zur Verteilung gelangte.“

Das Dioskurenpaar Schmoller und Wagner lächelt über diesen Professor aus der alten Schule; sie finden das Ansehen der Wissenschaft weit besser gewahrt durch ein Zusammengehen mit Schweinburg und Scherl.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 27. November.

Der Reichstag

beschleunigte auch heute nicht das Tempo seiner Beratungen, wohl aber verschärfte sich der Ton der Debatte. Schon in den beiden letzten Sitzungen offenbarte sich eine zunehmende Gereiztheit, und zwar gerade bei solchen bürgerlichen Abgeordneten, die bisher in Vertretung socialpolitischer Fragen Objektivität gezeigt hatten. Auffällig ist das nicht. Es erklärt sich psychologisch als eine Art Reaktion gegen die bei Verurteilung des Zuchthausgesetzes bewiesene Energie. Es liegt in der Natur des Bürgers, daß er über jede kräftige Handlung erschrickt und das Bedürfnis hat, zu beweisen, daß er nicht ein Löwe ist und auch keines Löwen Weib, sondern Snob der Schreier und gute Bürger. Zu den Herren Rösike und Hise, die uns am Sonnabend so drastisch ihre gut bürgerliche Gesinnung bekundet und uns dargezogen haben, daß sie keine socialistischen Revolutionäre sind, sondern gute Bürger und Gesellschaftsfreunde, ist heute Herr v. Seyl, der Rivale und, soweit das Zuchthausgesetz in Frage stand, Antipode des Freiherrn v. Stumm, gekommen. Er entwickelte einen so großen kapitalistischen Reaktionsseifer, daß Kollege Stumm ganz in Schatten gestellt wurde. Beide Diagnosen des Kapitalismus schienen die Rollen vertauscht zu haben. Herr v. Seyl ging in seinem socialisten-töterischen Gort so weit, daß er den Socialdemokraten vorwarf, sie wollten den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen bloß deshalb die freie Verfügung über den Lohn sichern, um tüchtig Arbeitergroßnen für sich herauszuschlagen. Als Bebel, der dem Herrn auch sonst nach Noten heimleuchtete, erklärt hatte, eine solche Behauptung verrate eine bedenkliche „Tiefe der Gesinnung“, vertieg der edle Freiherr sich zu der Behauptung, die Socialisten wollten die Familie und Ehe abschaffen. Und eine halbe Stunde lang hatten wir wieder eine reguläre Socialisten-debatte, an der auch Graf Oriola und der fromme Herr Kaplan Dihe sich beteiligten. Man traute wirklich seinen Ohren nicht, als man aus dem Munde von sonst gebildeten und in ihren Kreisen sogar als Autoritäten geltenden Abgeordneten vorfindstüchliches Altweltbergeschwätz vernahm, das man im deutschen Reichstag nach der unglücklichen Richter-Bachemsenk-Juliusfausts-Debatte vor fünf oder sechs Jahren nicht mehr für möglich gehalten hätte. Snob, der Schreier, muß aber der Welt wissen lassen, daß er kein Löwe ist; der Welt konnte sonst angst werden.

Scherz beiseite. Dieser Rückschlag war nach dem Votum des 16. November, das die Zuchthausvorlage verscharrte, zu erwarten. Die Vertreter der Bourgeoisie, auch die radikalsten und vorurteilfreisten, können nur so weit mit uns gehen, als die Interessen ihrer Klasse es ihnen gestatten; und sobald wir Reformen vorschlagen, die unter die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft gehen, so müssen sie, als Vertreter ihrer Klasse, sich gegen uns wenden. Das liegt nun einmal in ihrer Natur. Wie dem sei, die Socialisten-töter werden mit dem heutigen Tag nicht sehr zufrieden sein. Die Genossen Bebel und Mollenbuhr haben den Herren eine Lektion gegeben, die ihnen zwar nicht gefallen, aber vielleicht etwas nützen wird, wenn sie der Belehrung überhaupt noch fähig sind.

Die Kommissionsanträge wurden angenommen, und unsere Anträge bezüglich der Lohnzahlung — namentlich daß in allen Betrieben die Freitagszahlung eingeführt werde — wurden verworfen. Die Beratung gelangte heute nur bis zu Artikel 7a, der das Krankenversicherungs-Gesetz abändert.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Fortsetzung. —

Zuchthausvorlage durch — Polizeiverfügung.

Polizei und Kammergericht haben die Regierung gerettet! In der gestrigen Sitzung des Kammergerichts ist die Revision eines Arbeiters, der Streikposten gestanden und bedroht von Landgericht zu 10 Mk. verurteilt worden war, zurückgewiesen worden. (Vergl. Gerichtsbericht a. a. Stelle.) Damit ist von höchster Gerichtsstelle anerkannt, daß die Polizei das Recht habe, ruhig einhergehenden Bürgern bestimmte Teile der Stadt als Verlehrsmitel zu entziehen, bloß, weil sie amimmt oder anzunehmen vorzieht, die öffentliche Ordnung Länns gefährdet werden. Es ist natürlich in das freie Ermessen der Behörde gestellt, ob sie bei irgendwelchen Gelegenheiten „Störung der Ordnung“ besichtigt oder nicht. So werden regelmäßig wiederkehrend bei höfischen Festen, Paraden, patriotischem Almbin ganze Strohenzüge und zwar die verkehrsreichsten der Hauptstadt häufig für viele Stunden gesperrt, wodurch der Verkehr in den umliegenden Stadtvierteln geradezu lebensgefährlich wird — macht nichts, eine Störung wird darin nicht gefunden.

Hier geht ein einzelner Arbeiter auf und ab im Interesse seiner für Besserung ihrer Lage kämpfenden Kollegen, und schon dadurch soll die Ordnung gefährdet sein. Das Streikpostentehen ist für die Arbeiter unerträglich. Bei Ausbruch eines Streiks sucht das Unternehmertum in der Regel Streikbrecher aus den eisernsten Winkeln

heranzuziehen, aus Gegenden, in welche die Kunde über die wirtschaftlichen Kämpfe entweder gar nicht oder doch nur langsam dringt. Die Unternehmer lassen es sich ein gut Stüd Geld kosten, Leute heranzuziehen, von denen sie annehmen, daß sie gewillt sind, Streikarbeit zu verrichten.

Aber es giebt fast keine Arbeiter mehr in Deutschland, die nicht wenigstens teilweise die Notwendigkeit begriffen hätten, daß sie mit ihren Klassengenossen solidarisch handeln müssen. Für viele von den durch die Versprechungen der Unternehmer herbeigekochten Arbeiter genügt schon die Inkenntnisgebung von der Lage der Dinge, um sie zur Abreise zu bewegen; sie waren gar nicht in der Absicht gekommen, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, sie wußten nichts vom Streik. Sie davon zu unterrichten, ist Sache der Streikposten. Das Recht des Streikpostentehens ist denn auch in allen fortgeschrittenen Ländern ausdrücklich anerkannt, so in dem englischen „Conspiracy and Property Act“. Aber auch das deutsche Gesetz verbietet wenigstens nicht das Streikpostentehen, unter Strafe steht nur die Anwendung von Zwang, Drohung, Gewalt.

Was aber das Gesetz nicht verbietet und was die Schärfsmacher und Herr v. Posadowsky vergeblich erstrebt haben, das macht — die Polizei. Die Polizei nimmt an, die Ruhe könnte gefährdet werden, nicht, weil der Streikposten zu Gewaltthatigkeiten greift, sondern es bei dem Zusammentreffen mit Arbeitswilligen dazu kommen könnte. Kommen „Lönne“ kann es aber in Berlin zu Schlägereien zu jeder Zeit und an jedem Ort, z. B. auch in den die ganze Nacht geöffneten „Cylinderebstillen“. Wenn die Polizei logisch sein will, muß sie auch den Arbeitswilligen den Verkehr in dem betreffenden Stadtteil verbieten, denn durch ihr Zusammentreffen mit Streikenden kann es zu Unruhestörungen kommen.

Die Unternehmer können frohlocken, sie haben ohne Zuchthausgesetz erreicht, was sie wünschen, dank der Polizei und — dem Kammergericht.

Diese höchste gerichtliche Entscheidung beweist, wie notwendig unsere Forderungen zur Sicherung der Koalitionsfreiheit sind, und weit entfernt, übermäßig radikal zu sein, könnten sie eher noch verschärft werden, um das neben dem Wahlrecht wertvollste Recht der Arbeiter auch gegen alle Angriffe einer strafverfügungslustigen Polizei und andringungsseifriger Gerichte zu bewahren. —

Scheingefechte.

—st.— Wien, 27. November.

Die östreichische Politik ist wie ein Guckkasten; jeden Augenblick zeigt sie ein anderes Bild. Vorige Woche, nach den „Audienzen“ beim Kaiser, war die Stimmung himmelhochjauchzend, jetzt ist sie wieder ziemlich gedrückt. Die Jungcechen machen nämlich Wiene, sich dem Diktat von oben nicht zu fügen, das heißt, sie wollen sich die Passierung der „Staatsnotwendigkeit“ durch irgendwas abkaufen lassen. Da die Rechte zu einem Sturm auf das gehohlte Ministerium nicht zu mobilisieren ist — eine offene Rebellion gegen den Willen der Armee, Wäner, Polen, Juden und Deutschösterische natürlich nicht wagen — so haben sich die Jungcechen, um nicht leer auszugehen, selbst zu einer „That“ entschließen müssen. Sie haben also zwei Tage Obstruktion gemacht oder wenigstens so gethan, als ob sie sie machen wollten. Die Jungcechen brauchen nämlich, das ist der Schlüssel der Situation, einen Erfolg. Gleichgültig was für einen; sie müssen nur etwas erreichen, um ihre erzürnten Wähler zu beruhigen, um den Krach ihrer Politik zu verdecken. Daß kann nur zweierlei sein: entweder den Sturz eines Ministers oder die Wiedereinführung der czechischen inneren Amtssprache in den czechischen Gebieten von Böhmen und Mähren. Der als Opfer ansersehene Minister ist der Justizminister Strábing; er beging nämlich das unzergeßliche Verbrechen, die Aufhebung der Sprachenverordnungen ernst zu nehmen und hat in einem Erlasse den Gerichten eingeschärft, sich wieder an die Bestimmungen zu halten, die vor Erlaffung der Sprachenverordnungen Rechtens waren. Daß sich die Jungcechen auf seinen Sturz verbißen haben, zeigt den unsäglich läppischen, ja ordinären Charakter der jungczechischen Politik. Sie könnten eben so gut die Entlassung eines beliebigen Diurnisten fordern, denn der Justizminister ist ein unbedeutlicher Ressortminister, der in diesem Falle nichts anderes gethan hat, als seine Pflicht. Es mag zweifelhaft sein, ob es gut gethan war, die Sprachenverordnungen aufzuheben, ohne an ihre Stelle ein Gesetz zu setzen; keinem Zweifel kann es aber unterliegen, daß, wenn man sie aufgehoben hat, man diesen Aufhebungsakt durchzuführen mußte. Es ist auch eine Portion Feigheit in dieser Mut gegen einen einzelnen Minister. Die Jungcechen haben nämlich erkannt, daß die Aussichten, die ganze Regierung oder auch nur ihren Chef zu stürzen, sehr geringe sind; sie haben sich also entschlossen, gegen einen Minister besonders erbittert zu sein.

Wie man den Jungcechen ihren Groll abkaufen will, ist im Augenblicke nicht zu erkennen; es ist auch wirklich gleichgültig. Die Regierung läßt mit ihnen bereits verhandeln, und es ist nicht unmöglich, daß man ihnen in der Sprachenfrage etwas versprechen oder den Justizminister als Opfer hinwerfen wird. Was diesen Scheingefechten Bedeutung giebt, das ist bloß der Umstand, daß durch sie die Unhaltbarkeit dieses Parlaments neu aufgezeigt wird. Ein Parlamentarismus wie dieser östreichische ist einfach ekelhaft, denn es fehlt ihm die Voraussetzung für jedes Zusammenwirken von Menschen: Ehrlichkeit und Anfrichtigkeit. Nur die Gleichgültigkeit, mit der die östreichischen Völker „ihrem“ Parlament gegenüberstehen, erklärt es, daß keine

Partei Bedenken hat, aus den lächerlichsten Vorwänden heraus das Parlament zu zerlegen. Das alles muß geschehen, damit eine solche simple Selbstverständlichkeit wie ein Budgetprovisorium im Parlamente durchgeführt wird? Die Krone greift zu den stärksten Pressionsmitteln, im Hause bricht die Obstruktion aus — und weshalb das alles? Wer mit den österreichischen Dummköpfen nicht vertraut ist, der vermag wohl nicht zu begreifen, daß eine Krise ausbricht, weil ein Minister ein Gesetz durchgeführt hat! Aber hinter all diesen abscheulichen Wirren verbirgt sich immer dieselbe Tatsache: die Unmöglichkeit eines Parlamentes, dessen Wurzeln abgestorben sind und dessen Triebkraft verdorrt ist. —

Deutsches Reich.

Sie thun Ruhe.

Nach dem Ausschussung der zweiten Beratung der Justizvorlage sind die bürgerlichen Parteien rasch in reuener Zerkürzung in sich gegangen und betonen ihre gute lokale Gesinnung. Wassertrank erscheint in demütigen Hüßergewande, das Centrum schwört allem revolutionären Ebnen ab und freies und demokratische Prinzipien an den Grundpfeilern des Staates und der Bürgerthüre des Selbstschranke des Unternehmertums. Triumphierend darf Schweinburg in den Berliner Neuesten Nachrichten vermelden, die nationalliberale Fraktion habe den einmütigen Beschluß gefaßt, die demonstrativen Anträge der Socialdemokraten zu § 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung ohne weiteres abzulehnen. Und ein parlamentarischer Berichterstatter weiß über die geschäftliche Behandlung unserer Anträge zu melden, daß die Meinungen darüber zwar in den Fraktionen auseinandergehen, daß man aber einig sei, sie zu befestigen:

Auf der einen Seite hält man es für das Beste, diese an dieselbe Kommission, welche die Novelle zur Gewerbe-Ordnung durchberaten hat, zu verweisen, auf solche Weise Zeit zu sparen und ein stilles Wegzähnen zu bereiten, wenn die Frage, ob neue Anträge, die mit der Novelle selbst nicht in Zusammenhang stehen, selbständig der Kommissionsberatung unterzogen werden können, bejaht wird. Andererseits soll auch Reizung bestehen, daß die einzelnen Fraktionen ihre Erklärungen abgeben und damit die Anträge von vornherein zurückweisen. Die verlanget, würde in diesem Falle das Centrum eine Erklärung mit motivierter Tagesordnung abgeben.

Wir dürfen eigentlich diese Art der Behandlung für ein zartfüßiges Kompliment halten; denn man scheint uns dadurch zu verstehen geben zu wollen, daß man uns bereits für völlig regierungsfähig hält.

Aber im Ernst gesprochen, bedeutet dieses Verhalten der bürgerlichen Parteien gerade das, was von unsern Anträgen fälschlicher Weise behauptet wird, eine Demonstration, eine Demonstration der über ihre eigene Mäßigkeit erschrockenen Bourgeoisie gegen die Socialdemokratie. In dem Uebereifer, die gute bürgerliche Gesinnung der Regierung und den Scharfmachern gegenüber zu beweisen, übersehen die braven Leute ganz und gar, daß unsere Anträge doch auch zu ihren eigenen Programmforderungen gehören. Das freisinnige Programm verlangt Versammlung- und Vereinsfreiheit sowie volle Wahrung des freien Vereinigungswesens der arbeitenden Klassen — mehr fordern auch unsere Anträge nicht. Unbeschränkte Koalitionsfreiheit für alle verlangt auch die deutsche Volkspartei, ebenso wie in dem Centrumsprogramm die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter enthalten ist.

In eine besonders komische Lage bringt sich das Centrum durch sein blindeffriges Demonstrieren gegen unsere Anträge, da diese ja, wie wir wiederholt betont haben, im wesentlichen nichts weiter darstellen als Ausführungen der Lieberlichen Erklärungen in der ersten Lesung der Justizvorlage. Trotzdem schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

Man muß gestehen, an Radikalismus lassen diese Anträge, als deren Verfasser der Abg. Heine genannt wird, nichts zu wünschen übrig. Alle Arbeiter und Beamte, anscheinend (1) sogar Offiziere und Interoffiziere, sollen zum Zweck der Einwirkung auf die Arbeit, Gehalts- und Lohnverhältnisse die weitestgehenden Befugnisse haben, die Arbeitgeber aber sollen bestraft werden, wenn sie das Koalitionsrecht gebrauchten, um sich dagegen zu wehren. Man hat die Anträge verschiedentlich nicht ernst nehmen wollen und das insofern ohne Zweifel mit Recht, als die Antragsteller selbst nicht glauben werden, daß sie damit durchdringen. Es ist ihnen zunächst nur um die Gelegenheit zu thun, sich mit den denkbar höchsten Forderungen und mit einigen schönen Reden bei den Massen zu empfehlen. Von jeder war ja ihre Methode, ausföhrliche Forderungen zu stellen und dann die anderen Parteien zu beschuldigen, sie meinten es nicht ehrlich mit den Arbeitern. Gätten die Herren irgendwelche Hoffnung, durchdringen, so würden sie wohl etwas vorsichtiger in der Formulierung ihrer „populären“ Vorläge gewesen sein.

Selbst der ausföhrlichste Freund der Koalitionsfreiheit sieht sich außer Stande, die wichtige Materie so aus dem Slegier bei der zweiten Lesung einer Vorlage zu regeln, die von ganz anderen Dingen handelt. Es ist schon deshalb nicht an die Annahme der Anträge zu denken, weil damit die ganze Vorlage sich erweitern würde. . . . Darum hat es auch gar keinen Zweck, sich bei dieser Gelegenheit in weitläufige Debatten über die Einzelheiten der Anträge mit den Socialdemokraten einzulassen. Mögen diese ihre Reden zur Empfehlung derselben halten; aber weiter wird nichts geschehen. Liegt den Antragstellern daran, sie nicht einfach abgelehnt zu sehen, sondern eine Verständigung zu erzielen, so mögen sie diese Frage von der Novelle ausschließen und sie einer Kommission zur Vorbereitung überweisen lassen. Bekanntlich liegen vom Centrum und anderen Parteien schon mehrere Anträge über das Koalitionsrecht und die Organisationen der Arbeiter vor. Mit diesen zusammen mag man die socialdemokratischen Anträge in einer Kommission eingehend prüfen. Das Centrum wird zur Stelle sein, um den Arbeitern eine Koalitionsfreiheit zu beschaffen, die allen Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht. Verabsichtigen die Socialdemokraten nicht bloß eine Demonstration und höhnische Herausforderung mit ihren Anträgen, so werden sie Gelegenheit haben, das zu beweisen. Im übrigen würde man sich vor ihren Demonstrationen auch leinewegs fürchten und es nicht an Aufklärung der Massen über die wahren Absichten der Antragsteller fehlen lassen.

Es ist ja sehr liebenswürdig, daß das Centrumsorgan unsern Anträgen „der Ehre“ einer Kommissionsberatung würdigen will — und die Scharfmacherei vernimmt den Wank diese Auszeichnung sehr übel — aber wertvoller wäre eine sachliche Kritik unserer Vorschläge statt des thörichtesten Geredes über unsere demonstrativen Zwecke und der freien Erfindung, daß die Anträge die Arbeitgeber für ihre Ausübung des Koalitionsrechts bestrafen wollen. Hoffentlich hat sich die „Köln. Volksztg.“ inzwischen durch unsere Darlegungen eines Besseren belehren lassen und holt uns das Versäumte nach und erklärt, was nun eigentlich in unsern Anträgen ihr anständig erscheint, die nichts wie die geistgeberische Nachschreibung der gerade vom Centrum geforderten allgemeinen Koalitionsfreiheit darstellen.

Wenn man schließlich die von uns geforderte Befreiung der Verhinderung an der Ausübung der Koalitionsfreiheit als etwas Unerhörtes bezeichnet, so sei daran erinnert, daß die französische

Kammer wiederholt einen ähnlichen Antrag eingebracht hat. 1889 stellte Societätpapier den folgenden Antrag:

„Jeder — er sei Arbeitgeber, Werkführer oder Arbeiter — der überführt wird, daß er durch Androhung von Verlust der Beschäftigung oder durch Arbeitsentziehung, durch eine begründete Weigerung, Arbeit zu geben, durch Entlassung von Arbeitern und Angestellten wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Arbeiter- oder Unternehmenseyndikat, durch Zwang oder Gewaltthätigkeiten, oder auch durch Versprechungen und Anerbietungen von Arbeit die Freiheit der gewerkschaftlichen Vereinigung beeinträchtigt oder die Ausübung der in dem Gesetz vom 21. März 1884 bestimmten Rechte verhindert, wird mit Gefängnis von 1—3 Monaten oder mit einer Buße von 100—2000 Fr. bestraft.“

Die französische Kammer hat den Gesetzentwurf am 17. Mai 1889 und am 18. Mai 1890 (344 gegen 142 Stimmen) angenommen, der Senat hat ihn baldemal verworfen. Am 19. März 1892 hat die Deputiertenkammer abermals das Gesetz angenommen, der Senat hat seitdem keine Entschlieung getroffen. Sind wir recht unterrichtet, so wird derselbe Antrag die Kammer demnächst abermals beschäftigen.

Man sieht, der französische Antrag ist in der Tendenz mit dem unserigen identisch, der nur aus dem bereits erörterten Grund der Ueberfülligkeit die Befreiung des Parallelergehens der Arbeiter unterläßt. Jedemfalls zeigt unser Hinweis, wie wenig Anlaß vorliegt, unsere Forderungen als einen Ausfluß maßlosen Radikalismus und unerfahrener Demonstrationssucht zu demingieren. Wohl aber geht aus der Entzweiung der bürgerlichen Parteien über unsere Forderungen eine socialpolitische Rückständigkeit und Sterilität hervor, die geradezu die Panfrotterklärung der Socialreformerei ist. —

Mit der Auflösung der Parlamente rechnen nun auch die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“. Die Presse ist voll von Erörterungen über schwere innere Kämpfe. Au die Annahme des Flottenplanes glaubt man nicht, und Fürst Hohenlohe soll durchaus an seinen nicht erfüllten Versprechen in Sachen des Vereinsgesetzes noch vor dem 1. Januar 1900 sterben. Daß Lucanus dem Reichskanzler und dem Miquel Besuche abgelaßt, wird gleichfalls als Weltuntergangszeichen aufgefaßt.

Wir wundern uns über nichts, erwarten nichts und überraschen lassen wir uns erst recht nicht. Die schwere Kritik des herrschenden Systems dauert an, auch wenn keine Minister stürzen und keine Parlamente aufgelöst werden.

Der Oberhofmeister der Universität. Die „Frankf. Jtg.“ bestätigt, daß in der That der Herr v. Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, sich berufen gefühlt hat, den Privatdocenten Preuß wegen seiner unehrdlichen frommen Citate in der Stadtverordnetenversammlung beim Rektor der Universität zu demingieren — mit dem bekannten unbegreiflichen Erfolge, daß die juristische Fakultät, anstatt den unehrdlichen Brief in den Papierkorb zu werfen, dem Privatdocenten seine Mißbilligung ansprach.

Nach unserer Kenntnis der Dinge können wir hinzufügen, daß diese Mißbilligung bereits erfolgt ist, bevor der Brief an die Stadtverordneten-Versammlung bekannt wurde und damit die Angelegenheit eine principielle Bedeutung erhielt. Die Fakultät verurteilte offenbar nicht, daß die Sache noch die Oeffentlichkeit beschäftigen würde und erteilte den Verweis, um den Fall kurzerhand aus der Welt zu schaffen; vielleicht hatte sie Grund zu der Annahme, daß der Herr v. Mirbach eine Art Vorgesetzter des Kultusministers sei, und sie war deshalb bemüht, die Gelegenheit zu einem langwierigen Disciplinarverfahren von Haus aus durch die Konzeption eines Verweises zu befeitigen.

Rechnen wir zur Ehre der juristischen Fakultät an, daß sie dann, als der Mirbach-Brief an die Stadtverordneten rüber war, ihr überreichtes Vorgehen bedauert hat; denn es ist doch wahrlich nichts Ehrenvolles, daß sich die Berliner Universität den Weisungen irgend eines gänzlich unbefugten Hofmannes fügt. —

Der eine Patriot der That, der in der Kleidung eines „Nannes aus dem Volke“ die Besingenden zu einer freiwilligen Flottensteuer aufgerufen hat, hat bisher in seiner großherzigen Einsamkeit keine Gesellschaft gefunden. Die Norddeutsche Allgem. Zeitung“ veröffentlicht nicht die kleinste Quittung über bisher eingelaufene Beweise hater Flottenbegeisterung. Dafür müssen die abgetriebenen Flotten-Männern um so eifriger die papierenen Blüthe durch den wasserspröden Ader ziehen. Das kostet wenig und bringt viel ein. —

Flottenpropaganda in Varietés. Aus Kiel wird uns geschrieben: Jetzt soll auch das Publikum der Specialitäten-bühnen zur Flottenvermehrung begeistert werden. Man will den Kineumatographen in den Dienst der Flottenpropaganda stellen. Die hierzu nötigen Aufnahmen werden mit Zustimmung der Marineverwaltung am 27., 28. und 29. November von dem Berliner Photographen Meister zunächst an Thorpedobooten und einem Aßlerpanzer gemacht. Die Aufnahmen erfolgen in der Kieler Bucht und ist dem Photographen der Verdampfer der Kaiserl. Werft „Neptun“ zur Verfügung gestellt. Neugierig sind wir nur, wer die entstehenden Kosten trägt. Etwa die Marineverwaltung?

Zimmer weniger günstig, schreibt die „Freis. Jtg.“, gestalten sich die Reichsfinanzen. Im Monat Oktober sind die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern gegen den Oktober des Vorjahres um 3 1/2 Millionen Mark zurückgeblieben. Während im Vorjahr die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern in den ersten sieben Monaten des Etatsjahres, also vom 1. April bis zum 1. November, die Einnahmen in der betreffenden Zeit des Vorjahres um 35 387 247 M. überstiegen, beträgt im Jahre 1890 für dieselbe Zeit das Plus gegen das Vorjahr die winzige Summe von 445 363 M. Die Finanzlage erweist sich also im Jahre 1890 gegen das Vorjahr um 35 1/2 Millionen Mark weniger günstig. Das Flugblatt des Fürsten Bied und des Herrn Schweinburg, welches der Flottenverein als Zeitungsbilage verbreitet, rechnet bekanntlich mit einer fortgesetzten Steigerung der Reichseinnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern „um jährlich 30 Millionen Mark“.

Das Parlament der Heulerknechte. Nachdem die Singschen und ihre Helfershelfer den Schuß der Arbeitswilligen in Form, die denen roher Heulerknechte gleichen, zur Strafe gebracht haben, holen sie jetzt zum verächtlichen Schläge gegen den vorkantvortlichen Staatsmann, den Fürsten zu Hohenlohe, selbst aus.

So rüst die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ in überquellendem Mitleid für das abgethane Schenkal zornwütig aus, indem sie es — an österreichischer Parlamentssprache gebildet — ganz angemessen als eine hinrichtungswürdige Areatur charakterisiert, dabei aber verzicht, daß gerade ihre Leute die Justizvorlage am schimpflichsten behandelt haben; denn die Antisemiten würdigten sie überhaupt keines Wortes. —

Ueber eine Steuerdeklaration aus Hinterpommern wird berichtet: Die Gutsherrschaft E. umfaßt in der fruchtbarsten Gegend am Ostseestrande belegene Güter-Komplexe, welche nach dem Pommerischen Güter-Adressbuch von 1891 eine Fläche von 1638 Hektar oder einschließlichen Gärten, 299 Hektar Wiesen, 1316 Hektar Weiden, 293 Hektar Holzungen, 1407 Hektar Wasser, im Summa 4958 Hektar darstellen. Der Viehbestand ist mit 142 Stück Pferden, 248 Haupt Rindvieh (darunter 221 Kühe), ferner 2200 Stück Schafen und 369 Schweinen angegeben, und der Grundsteuer-Heinertrag beträgt 84 945 M. Außer dem landwirtschaftlichen Gewerbe besteht noch eine Dampf-Mehlmühle, eine Bagger- und eine Windmühle, eine Ziegelei und eine Dampfmolerei. Nach den eingereichten Steuerdeklarationen arbeitete die Gutsherrschaft E. mit Unterbilanz. Es wurden dem Deklaranten trotzdem 300 M. Einkommensteuer auferlegt. Es ist nämlich fest-

gestellt worden: 1. daß die durch den Verkauf von Heubieh und Eiern erzielten erheblichen Einnahmen nicht als Einnahme gebucht waren, also keine Berücksichtigung bei der Steuerdeklaration fanden. Diese Einnahmen sowie die 2. durch den regelmäßig fortlaufenden Verkauf von zwei großen Mastschweinen erzielten Beträge sind unter dem Buchungsvermerk „Für die gnädige Frau“ in Abgang gebracht. 3. Sind die ganz bedeutenden Einnahmen aus der Jagd durch Verkauf des erlegten Wildes nicht gebucht. Alle diese Einnahmen fließen in die Tasche der „gnädigen Frau“, dagegen werden die Ausgaben, wie Gehalt für Jäger, Schußgeld zu Günstigen der Steuerdeklaration des Besitzers in Ausgabe gebucht. 4. Die Einnahmen des Abschusses weisen nicht den Miets- und Nutzungswert des herrschaftlichen Schlosses, den Ertragswert des herrschaftlichen Lust- und Wirtschaftsgartens, der Parkanlagen, den Unterhalt der Dienerschaft, des Parkstalles usw. nach. 5. Für Fischereipacht werden aus einem der Seen jährlich 800 M. verrentet, außerdem hat der Fischpächter laufend wöchentlich 72 Pfund Fische oder den Geldwert von etwa 1000 M. jährlich an die herrschaftliche Küche abzuliefern. 6. Aus dem Molkereibetriebe werden im Jahresdurchschnitt für Butter etwa 13 800 Pfund gewonnen.“ Dabei ist 300 M. Einkommensteuer doch eine lächerlich geringe Summe!

Weimar, 27. November. Im Landtag beantwortete Staatsminister Rothe eine Anfrage des Abg. Casselmann wegen der Flottenvorlage in dem Sinne, die Regierung werde sich schließung machen, wenn die Vorlage an den Bundesrat gelangt ist, jedoch die Mittel nicht verweigern, die nötig sind zum Schutz der Handelsinteressen und Kolonien.

Da man in Weimar emsig an der Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiter mitwirkt, warum soll man da nicht eben in Uebersee-„Idealismus“ machen? —

Von den Friedenskonferenz-Märchen wird wieder etwas aus dem Haag vermeldet. Es heißt, daß die drei von der Friedenskonferenz beschlossenen Konventionen und die drei Deklarationen der Unterzeichnung seitens Deutschlands und Englands noch harrten. Was das Londoner Kabinett betrifft, sei dasselbe zur Unterzeichnung bereit, falls die Mächte den Vorbehalt Englands bezüglich des der Genfer Konvention auf den Seetrug ausbedingenden Artikels 10 der Haager Konvention acceptieren. Die Zustimmung der anderen Mächte zu dieser Reserve könne als un-zweifelhaft angesehen werden.

So redet die Diplomatie von Frieden und Kriegsbefähigung. Derweilen sprechen in Südafrika die Kanonen derselben Diplomatie eine andere Sprache. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. November. Abgeordnetenhause. Nach Verlesung der eingegangenen Vorlagen wird die Debatte über die Ausgleichsvorlagen fortgesetzt. Als erster Redner ergreift der Arrote Bianchini das Wort. Bianchini sprach, zunächst in italienischer Sprache, von 11 1/2 bis 3 1/2 Uhr und hat dann um Unterbrechung der Sitzung, damit er sich erholen und seine Rede fortsetzen könne. Um 3 1/2 Uhr wurde die Sitzung auf fünf Minuten unterbrochen, nach deren Ablauf Bianchini seine Rede fortsetzte.

Wien, 27. November. Nachdem Bianchini seine fast fünfständige Rede um 4 1/2 Uhr geschlossen, spricht der Socialdemokrat Berner über die Ausgleichsvorlagen, welche er sehr kritisiert. Hierauf wird Schluß der Debatte angenommen und die Verhandlung abgedrochen. Auf eine Anfrage des Abg. Groß wegen Aufnahme geschichtlicher Schriftstücke in das Protokoll, erwidert der Präsident, jeder, der der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig sei, dürfe in seiner Muttersprache interpellieren, auch habe der Präsident kein Recht, jemand zu verbieten, in seiner Muttersprache eine Rede zu halten. (Beifall bei den Tschechen.)

Wien, 27. November. Graf Clary erstattete gestern dem Kaiser in einer längeren Audienz Bericht über den augenblicklichen Stand der inneren Politik und wird, wie es heißt, heute mit dem Obmann des Junggehehenklub Dr. Engel eine Unterredung haben, der man in parlamentarischen Kreisen große politische Bedeutung beilegt, weil man glaubt, daß es dem Grafen Clary gelingen werde, die Junggehehen von der Obstruktion abzubringen.

Frankreich.

Deputiertenkammer.

Paris, 27. November. In der heutigen Sitzung wird zunächst über eine außerordentliche Kreditforderung von 60 Millionen beraten, die in diesem Winter zum Schutze der Küsten und Häfen sowie der Kolonien vorausgibt worden sind. Fleury-Babarin billigt die gemachten Aufwendungen, denn die Ereignisse dieses Winters hätten Frankreich überrascht, welches auf die Verteidigung seiner Küsten und Kolonien nicht vorbereitet war. Redner wünscht jedoch, daß ein Programm ausgearbeitet und ein Komitee eingesetzt werde, damit in der Verteidigung der Kolonien jeder Kompetenzkonflikt zwischen dem Kriegsminister und dem Marineminister vermieden werde. Der Minister der Kolonien, Decrais, erwidert, ein Komitee sei bereits eingesetzt, was beweise, daß die Regierung sich mit der Lage der Kolonien beschäftige. Hierauf wird die Kreditforderung mit 480 gegen 44 Stimmen bewilligt.

Paris, 27. November. Auf Antrag des Ministerpräsidenten verlagte die Kammer die Interpellation des Socialisten Renouf betreffend die Intervention der Armee bei den jüngsten Ausständen der Postämter auf einen Monat. Es wurde sodann in die Diskussion über die 60 Millionen Franks eingetreten, welche zur Befestigung der französischen Kolonien gefordert sind. —

Komplotprozess.

Paris, 27. November. Bei Beginn der heutigen Sitzung verliest der Vorsitzende Fallières von den Anwälten der Mehrzahl der Angeklagten eingebrachte Anträge, nach welchen diejenigen Mitglieder des hohen Gerichtshofes abgelehnt werden sollen, welche am Sonnabend dem Schluß der Sitzung nicht bewohnt. Der Staatsanwalt verlangt die Abweisung der Anträge. Die öffentliche Sitzung wird sodann unterbrochen und der Gerichtshof zieht sich zur Geheimberatung über die betreffenden Anträge zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest Präsident Fallières den Beschluß, nach welchem diese Anträge mit 184 gegen 32 Stimmen abgelehnt sind. Hierauf wird die Vernehmung der Zeugen über das Vorleben Guérins fortgesetzt.

Portugal.

Lissabon, 27. November. (Voss. Jtg.) Die Wahl von 40 oppositionellen Abgeordneten ist gescheit; die Regierung wird dennoch eine große Mehrheit erhalten. In Oporto wurden trotz aller Wahlhabe der Regierung drei Republikaner mit 600 Stimmen Mehrheit gewählt. Gestern abend schritt die Polizei gegen Gruppen ein, die Hochrufe auf die Republik ausließen. —

Rumänien.

Bukarest, 27. November. Die ordentliche Parlamentssession wurde in üblicher feierlicher Weise mit einer Thronrede eröffnet, in welcher es heißt: Die weise und loyale Politik, von welcher Rumänien niemals abgewichen ist, trägt fortgesetzt ihre Früchte. Die Beziehungen zu allen Mächten sind die besten. Die Thronrede gedenkt der Teilnahme Rumäniens an der Haager Friedenskonferenz und kündigt zahlreiche Gelegenheitswünsche finanzieller, wirtschaftlicher und juristischer Natur an, ferner eine Reform der Steuererhebung. Sie spricht die Hoffnung aus, daß die durch Trockenheit hervorgerufene landwirtschaftliche Krise bald überwunden sein wird. —

Türkei.

Die Verhaftungen. Eine Meldung des Wiener Telegraphen-Korrespondenten besagt: Die Zahl der infolge jugtürkischer

Umtriebe vorgenommener Verhaftungen soll 57 erreicht haben. Unter ihnen befindet sich der Oberst der Militärfeuerwehr Raschid. Unter der türkischen Bevölkerung Konstantinopels herrsche große Verwirrung.

Von jugtürkischer Seite wird berichtet, daß die sensationellen Verhaftungen der letzten Tage absolut nicht mit revolutionären Umtrieben in Zusammenhang stehen, sondern nur auf Palast-Intriguen zurückzuführen sind.

Afien.

Peking, 26. November. Der französische Gesandte Bichon hat die Hinrichtung des für die Ermordung der französischen Offiziere in Anhangshauan verantwortlichen Beamten und die Bezahlung einer kleinen Geldbuße verlangt. China wird wahrscheinlich gern hierzu seine Zustimmung geben, da man dort auf viel schwerere Bedingungen gefaßt war.

Die Ernennung **Li Tung Tschang** zum Handelsminister wird als ein hervorragender Schritt in der Richtung einer bedeutenden Hebung der chinesischen Handelsbeziehungen dem Ausland gegenüber betrachtet.

Der erste Zug zwischen Tientsin, Putschwang und Nudun hat Vor-Achtung am Freitag mit Eisenbahn-Jugenteuren verlassen.

Partei-Nachrichten.

Der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete für Karlsruhe, Genosse A. Ged, soll nach einer Meldung des Westfälischen Volksboten beide Mandate niedergelegt haben. Wir können auf das bestimmteste versichern, daß die Meldung gänzlich unrichtig ist.

Gemeindevahlen. In Graz (Steiermark) wurden am Freitag die Stichwahlen vorgenommen. Es war ein sehr lebhafter Kampf, steigerte sich doch die Zahl der abgegebenen Stimmen von 1800 auf 2000. Unsere Parteigenossen errangen 2 von den fünf streitigen Mandaten. Gewählt sind danach die Genossen Kefel mit 1104 und Bongrosch mit 1092 Stimmen, während die drei Gegner mit 1060 bis 1111 Stimmen gewählt wurden. Unsere drei unterlegenen Kandidaten brachten es auf 978 bis 1014 Stimmen. Graz ist die erste Landeshauptstadt Osterreichs, in deren Gemeindevahl Socialdemokraten einzziehen. Die Parteigenossen sind über diesen Ausgang der Wahl sehr erfreut.

In Reich bei Schwefingen haben unsere Genossen in der dritten Klasse einen glänzenden Sieg errungen.

Die Düsseldorf-Genossen errangen am Sonntag bei den Wahlen zur Metallarbeiter-Krankenkasse einen glänzenden Sieg über die Centralkandidaten. Das Centrum erhielt trotz einer mit bestem Eifer betriebenen Agitation ganze 157 Stimmen, während unsere Kandidaten 751 Stimmen erhielten.

In Lellingen bei Düsseldorf siegten unsere Genossen mit ihrer Liste bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse über die Centralliste.

Totenliste der Partei. In Fernerleben starb der Genosse **B. Schmidt**, langjähriges Mitglied des dortigen socialdemokratischen Vereins. Die Würzburger Genossen betrauern den Tod eines ihrer ältesten Freunde, des Genossen **Herbig**. Aus Dresden ist der Tod der Genossen **Grohe** und **Andrich** zu melden. Die Verstorbenen werden im Gedächtnis ihrer Freunde fortleben.

Die Beerdigung des verstorbenen Genossen **Heinzel** in Aiel am letzten Sonntag gestaltete sich zu einer imposanten Trauerkundgebung der Genossen für ihren verstorbenen Führer. In endlos langen Reihen, zu vielen Tausenden folgten sie dem Sarge. Sämtliche Gewerkschaften Aiels und Umgebung mit ihren Fahnen waren erschienen, während von fast allen größeren Orten der Provinz Schleswig-Holstein Deputationen und Kränze geschickt waren. Auch der Parteivorstand hatte in Form eines Kranzes den letzten Gruß gesandt. Auf dem Friedhof mußte die Polizei in einer Weise, welche die lebhafteste Entrüstung des Trauererfolges hervorrief, sich bemerkbar machen. Mit Gewalt verhinderte sie es, daß ein Gesangsverein ein angefangenes Lied zu Ende singen konnte. Nur der Selbstbeherrschung der Genossen ist es zu danken, daß nicht dieser Vorgang der Anlaß zu weiteren unliebsamen Szenen wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen unbefugten Sammelns** wurde in Magdeburg der Genosse **D. Almann** aus Hamburg, Vorsitzender des Verbandes der Väter, vom Schöffengericht zu 25 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Deutsche Arbeiterinnen werden für die Hemdenfabrik von **G. F. J. J. J. J.** in Jurlu (Abo) in Finnland gesucht. Es wird uns von dort mitgeteilt, daß in genannter Fabrik 70 Arbeiterinnen wegen Lohnüberhebung die Arbeit eingestellt haben, und erlucht, daß die deutschen Arbeiterinnen etwaige Angebote der Firma unberücksichtigt lassen.

Der Streik der Pianiker in der Düsseldorf-Firma Wortmann u. Ebers dauert unabändert fort. Er steht nicht ungünstig für die Arbeiter, da bis zur Stunde Streikbrücher sich nicht gemeldet haben. Wenn Jüngling nach Düsseldorf nach wie vor ferngehalten wird, dann dürfen Wortmann u. Ebers bald nachgeben müssen. Darum solle kein auswärtiger Pianiker den Düsseldorf-Kollegen in den Rücken!

Schwehen Steinmeyer der Firma Ritterbach in Eller bei Düsseldorf, am dortigen Neubau einer katholischen Kirche beschäftigt, legte wegen unberechtigter Lohnabzüge und Verminderung der Accordarbeit die Arbeit nieder.

Rußland.

Die Streikenden von Kudincourt (Frankreich) haben den Kammerpräsidenten und den Handelsminister Millerand zu Schiedsrichtern gewählt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlin!

Der Parteitag in Hannover hat zur Förderung des Schutzes der Arbeiterinnen wichtige Beschlüsse gefaßt. An den Arbeiterinnen liegt es nun, diesen Beschlüssen noch weiteren Nachdruck zu geben und so für ihre Verwirklichung sorgen zu helfen. Noch fehlt es aber weiten Kreisen der Arbeiterinnen an der Einsicht in die Notwendigkeit geistlicher Schulvorschriften; sie wissen noch nicht, wie schwer die Schädigungen sind, die ihnen und der gesamten Gesellschaft erwachsen durch die ungehinderte Ausbeutung; sie bedürfen der Aufklärung darüber, durch welche Mittel die Leiden beseitigt werden können, denen sie jetzt unterworfen sind.

In einer öffentlichen Versammlung, die heute, Dienstag, den 28., abends 8 Uhr, im Kösliner Hof abgehalten wird, wird der Reichstags-Abgeordnete **E. Fischer-Dresden** über den Arbeiterinnen-Schutz vom socialpolitischen und ein Arzt vom gesundheitlichen Gesichtspunkte aus sprechen.

Die Arbeiterinnen werden zu zahlreichem Erscheinen in dieser Versammlung aufgefordert.

Vertrauensperson der socialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Die als Beamte thätigen Frauen Wiens sind in eine lebhafteste Bewegung zur Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse eingetreten. Nachdem bereits die im Staatsdienste thätigen Frauen bestimmte Forderungen aufgestellt haben, haben nun auch die Privatbeamten in einer Versammlung über ihre Lage verhandelt. Die Versammlung stellte folgende Forderungen auf:

Für die bei öffentlichen Gesellschaften (wie Eisenbahnen, Transport- und Versicherungsaufhalten etc.) als festen Beamtenkörper angestellten Frauen: Regelung des Gehaltes mit Berücksichtigung der heutigen Lebensverhältnisse und Schaffung einer Altersversorgung, wenn bei der gleichen Anstellung eine solche für andere Gruppen von Beamten bereits besteht.

Am die in Privathäusern, wie Advokatenkanzleien, Privatbüros etc., und bei Firmen thätigen Frauen vor Ausbeutung zu schützen, erklärt die Versammlung ihren Anschluß an den am 14. Oktober 1899 vom Abgeordneten Verlaug im Abgeordnetenhaus gestellten Antrag über die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen, der Angestellten in Kanzleien etc.

Am allen Privatbeamten die Krankenversicherung zu sichern, fordert die Versammlung die Anstellung einer größeren Anzahl von Gewerbe-Inspektoren resp. Gewerbe-Inspektorinnen, damit diese eine umsichtige Ueberwachung des Krankenversicherungsgesetzes durchzuführen im Stande sind.

Hinsichtlich einer Altersversicherung der Privatbeamten im allgemeinen fordert die Versammlung die Durchführung einer allgemeinen Altersversicherung.

Die staatliche Regelung und Organisation einer realen unentgeltlichen und unparteiischen Stellenvermittlung für alle Arbeitssuchenden.

Gerichts-Zeitung.

Das Streikpostenstehen unmöglich gemacht durch — das Strafenpolizei-Reglement. Gelegentlich des Streiks der Arbeiter einer Stofffabrik in der Alexandrinenstraße fungierte der Drechsler **Erner** als Streikposten. Er ging in der Nähe der Fabrik ruhig auf und ab, um zu erforschen, welche Kollegen weiter arbeiteten. Bald forderte ihn ein Schutzmann auf, sich zu entfernen. Er setzte darauf seinen Spaziergang auf der anderen Seite der Straße fort. Der Schutzmann duldete aber auch dies nicht, sondern wies ihn an, den ganzen, in der Nähe der Fabrik belegenen Straßenteil zu verlassen. Er weigerte sich, da ihm solches Verlangen völlig unberechtigt erschien. Er wurde deshalb später wegen Uebertretung des Berliner Strafenpolizei-Reglements vom 7. April 1897 zu 10 M. Strafe verurteilt. Das Landgericht als Berufungsinstanz führte aus: Nach den §§ 117 und 118 des genannten Reglements mache sich strafbar, wer den zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße ergehenden Anordnungen der Aufsichtsbekanntmachung nicht unbedingt Folge leiste. Um eine derartige Anordnung handle es sich hier aber. Beim Verweilen des Angeklagten in der fraglichen Gegend hätte es leicht zwischen ihm und denen, die weiter arbeiteten, zu Meinereien und Gewaltthätigkeiten kommen können. Der Schutzmann sei deshalb befugt gewesen, den Aufenthalt in jenem Straßenteil im Interesse der Sicherheit und Ruhe des öffentlichen Verkehrs gänzlich zu untersagen. — Er griff zum Rechtsmittel der Revision und machte geltend, daß das Landgericht das Strafenpolizei-Reglement total falsch ausgelegt und angewendet habe. Wäre seine Auslegung richtig, dann könnten ja die Streikposten eventuell zum Verlassen einer Stadt angefordert werden. Der Strafenrat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision als unbegründet. Der Präsident führte aus, der Vorderrichter habe die §§ 117 und 118 des Strafenpolizei-Reglements ohne Rechtsirrtum angewendet. Nach den tatsächlichen Feststellungen sei die Aufforderung des Schutzmanns im Interesse der öffentlichen Verkehrssicherheit ergangen, der Angeklagte hätte ihre deshalb unbedingt folgen und den gemeinten Teil der Alexandrinenstraße sofort verlassen müssen. Was soll da noch die Zuchthausvorlage?!

Ordnungshatzen in Bern. Aus Bockum wird uns geschrieben: Der Prozeß des Landrats **Stund** und **Gen.** gegen **Dr. Reismann-Grone** und **Karl v. Baden** von der bürgerlichen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, welcher vom hiesigen Landgericht von früh 9 Uhr bis abends 10 Uhr dauerte, hat über manche Ausdehnungen der bei den Herner Unruhen in Thätigkeit getretenen Polizei noch den Schleier gelüftet. Das Wohlverhalten des Zeugen, welches sich die Polizei und ihre Fremde ausstellten, bekam manches Fragezeichen durch die Aussagen schlichter Leute, Bergarbeiter etc. und deren Frauen, die Hebe mitbekommen hatten, weil sie gerade an Stellen angetroffen wurden, wo Madonnenbilder anwesend gewesen waren. Der an zwei Krücken in den Saal wandernde Fabrikarbeiter **Röters**, ein junger kräftiger Mann, der am 27. Juni nachmittags bei der Schießerei an der Bahnhofstraße, auf dem Heimweg von der Fabrik begriffen, einen schweren Schlag in den Fuß erhielt und zeitweilig Krämpfe bekam, trat als lebendiger Beweis dafür auf, daß blindlings draußlos geschossen worden ist, ebenso wie der Bergarbeiter **Bisnaxki**, der einen Schlag in die Schulter erhielt, als er auch nur zufällig, im Einlaufe in der Stadt zu machen, an jenem kritischen Nachmittag in die Bahnhofstraße einbog. Von wem sie die Schüsse erhalten hatten, konnten sie allerdings nicht sagen. Der Bergarbeiter **Puhlmann** und seine Frau aber, welche am Mittwoch, den 28. Juni, vom Begräbnis ihres Kindes kamen und natürlich in Trauerkleidern die Grubenstraße passierten, um in ihre Wohnung zu gelangen, wurden von den Gendarmen mit der scharfen Klinge so geschlagen, daß der Mann heute noch kränktel und die Frau eine tiefe Narbe an der linken Hand davon getragen hat. Nachdem der Vorsitzende den Raum abgehört hatte, winterte er der Frau ab, jedenfalls wollte er die häßliche Geschichte nicht zweimal hören. — Der Verteidiger der Angeklagten, **Dr. Wallach I. (Eisen)**, zerstückte denn auch in einer mehr denn einständigen Rede die Anklage so gründlich, daß es noch zweifelhaft ist, ob die Richter dem Antrag des Staatsanwalts, **Dr. Reismann** zu 1000 M. und **v. Baden** zu 300 M. Geldstrafe zu verurteilen, zustimmen werden. Das Urteil ist bekanntlich auf acht Tage ausgesetzt. Eine neue Auflage wird der Prozeß noch am 15. Dezember erleben, wenn gegen unsere Genossen, die **Redacteurs Wolf** und **Rebins**, ebenfalls wegen Verleumdung der Herner Polizei verhandelt wird.

Im Augsburger Kravellprozeß ging die Vernehmung der Zeugen in den letzten Tagen nur langsam von statten. Zahlreich und drücklich sind die Aussagen über Mißhandlungen, denen sich die als Belastungszeugen auftretenden Schutzeleute schuldig gemacht haben sollen. Bezeichnend ist folgender Vorfall von Mißhandlungen eines wohlthätigen Weibes:

Der Eisenbrecher **Karl Schmidt** hat von seinem Fenster aus bemerkt, wie die Angestellte **Afra Singer** von mehreren Schutzeleuten über die Straße verfolgt wurde. Am Gartenzaun hat der Zeuge dann Sabel blitzen sehen.

Schutzmann Schuster, der die Angestellte festgenommen hat, bestritt jede Mißhandlung.

Polizei-Arzt **Dr. Höjner** bestätigte, daß die Angestellte **Afra Singer** am Abend des 19. Juli d. J. zu ihm gebracht worden sei. Sie habe leichte Hautverletzungen an den Händen gehabt und sei nach Anlegung eines Verbandes wieder nach ihrer Wohnung geschafft worden. Die Angestellte habe sich damals in einem sehr erregten Zustande befunden und sich heftig über Mißhandlungen durch die Schutzeleute beklagt.

Der Handlungsgehilfe **Gustav Thieme** hat von dem Fenster seiner Wohnung aus gesehen, wie ein Schutzmann der Angestellten **Afra Singer** ohne Veranlassung einen Schlag ins Gesicht versetzte. Auf das Geschrei der Geschlagenen seien noch 5 Schutzeleute herbeigekommen, die sie über die Straße zerrten. Dort habe sie sich am Gartenzaun festgehalten und einer der Schutzeleute habe sie mit dem pflanzlichen Sabel auf die Hände geschlagen. Dann sei der Gastwirt **Kunze** dazugekommen und habe sich über dieses Vorgehen der Schutzeleute ausgesprochen.

Mehrere Zeugen führen einzelne Fälle von Verleumdungen und Mißhandlungen durch Schutzeleute an.

Der Lagerverwalter **Franz Neubert** hat am 19. Juli abends gesehen, wie ein Schutzmann einen Mann mit blankem Sabel verfolgte und von rückwärts niederschlug, der Schutzmann hieb auf den am Boden liegenden Mann immer noch ein und ließ erst von

ihm ab, als der Zeuge ihm zurief: Jetzt war's aber doch schon genug! Darauf entfernte sich der Schutzmann und eilte nach der anderen Seite der Straße davon.

Die Richtigkeit der Behauptung, daß die eigentlichen Urheber der bedauerlichen Vorgänge im Unternehmertum zu suchen sind, wurde namentlich in der Gerichtsverhandlung vom 24. November bestätigt.

Der Polizeibeamte **Rechtsrat Berner** bekundete, zwei Tage vor Beginn der Unruhen sei ein Gesuch der Meister um verstärkten polizeilichen Schutz gegen die Streikposten eingelaufen, in dem sie eine ständige Wache von zwei Mann am Bahnhof von morgens 5 Uhr bis nachts 11 Uhr verlangten. Nach Meldung der Polizei haben sich die Posten auf dem Bahnhof sehr präzisierend benommen, während sich die Streikposten der Arbeiter durchaus korrekt verhalten haben. Er sei daher unwillig darüber gewesen, daß die Arbeitgeber an die Polizei die Zusage stellten, gegen die Streikposten härter vorzugehen, während ihre eigenen Leute sich so ungeeignet betrugten. Deshalb habe er mit Weisheit an den Rand des von ihm erstatteten Berichts die Bemerkung geschrieben: „Die Arbeitgeber sollten doch nicht immer unwillig die Polizei in Anspruch nehmen!“ Er für seine Person habe den Polizeibeamten stets eingeschärft, nicht einseitig vorzugehen und gegen die Streikposten nicht einzuschreiten, wenn sie sich ruhig verhalten und nichts Unrechtes thun. Es sei eine offenkundige Thatsache, daß die Arbeitgeber die Vermittlung des Regierungspräsidenten sehr brüskel zurückgewiesen haben. Die Arbeitgeber seien es auch gewesen, die ihre den Arbeitern gemachten Lohnüberhebungen nicht gehalten haben.

Rechtsrat Deutschbauer giebt auf die Frage des Rechtsanwalts **Dr. Bernheim** zu, die Verfügung vom 10. Mai erlassen zu haben, in der es heißt: „Bannmeister und Posten sollen agitatorisch oder sonst in strafbarer Weise auftretende Mauer der Polizei-Organen benennen. Ebenso sei auch die Verfügung vom 20. Mai gegen die Aufstellung und Ansammlung von Streikposten von ihm ausgegangen. Maßgebend hierfür sei die Anschauung gewesen, daß solche Streikposten weggenommen werden können, da ihr Zweck nur der sei, Arbeitswillige auf unerlaubte Weise im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Teilnahme am Streik zu bestimmen oder an der Aufnahme der Arbeit zu hindern. Er könne sich im allgemeinen eine halbe Weile der Einwirkung auf Arbeitswillige nicht denken und halte deshalb das Streikpostenstehen in der Regel für unzulässig.“

Man stelle diese Anschauung, die einem Stimm alle Ehre machen würde, den Behauptungen des über die Niedertracht des Unternehmertums empörten Rechtsrats **Berner** gegenüber.

Sehr klar wurde zum Schluß der Sitzung der Wert eines polizeilichen Eides dargelegt.

Die Jungin **Agnes Ostermayer** und der Junge **Michael Roth** bestätigen auf ihren Eid das am Tage vorher von Rechtsanwalts **Dr. Bernheim** zur Sprache gebrachte Vorwissen bezüglich des Strauß, das dieser unterm Eid in Abrede gestellt hat.

Sergeant **Strauß** giebt dann die Möglichkeit zu, daß der Vorgang im Zeugenzimmer sich so ähnlich abgespielt und daß er in Bezug auf den Angeklagten **Lugenhöfer** so ähnliche Aeußerungen gemacht haben kann.

Rechtsanwalt Dr. Bernheim: Ich mache dem Sergeanten **Strauß** kein Verbrechen aus diesem Vorwissen, aber ich mache ihm ein Verbrechen daraus, daß er unter Eid der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hat, was jetzt bewiesen ist.

Der **Maschinenhändler Jakob Hermann** ist erst 14 Tage vor den Anwälten von Nürnberg nach Augsburg gekommen. Er war am 19. Juli abends auf dem Heimwege begriffen und wurde da verhaftet und 11 Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Nachträglich ist dann das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Dieser Zeuge erzählt, daß bei seiner Einbringung in das improvisierte Haftlokal in der Senkelbachfabrik von allen Seiten auf ihn eingehauen worden ist. Mehrere Angestellte erhoben sich und erklärten, daß es ihnen ebenso ergangen ist, obwohl sie sich der Verhaftung ruhig gefügt haben. Die Schutzeleute stellen jede Mißhandlung in Abrede.

Der **Maurer Alois Bay** aus München, der im Auftrage des Centralverbandes der Maurer zu der kritischen Zeit in Augsburg anwesend war, und als „Hauptredaktionsführer“ ungerathenerweise 14 Tage lang in Untersuchungshaft gehalten wurde, zählt die Mißnahmen auf, die von den Arbeitern getroffen waren, um den Provokationen des Unternehmertums zum Trotz jede Ausschreitung der Streikenden zu verhindern.

Verfassungen.

Eine Konferenz der Gesellen-Ausschüsse Berlins und des Regierungsbezirks Potsdam, die gut besucht war, tagte am Sonntag in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße. Zunächst hielt **Genosse Robert Schmidt** einen sehr interessanten und belehrenden Vortrag über den beabsichtigten Zweck bei der Schaffung des Innungsgesetzes, über die verschiedenen Einrichtungen und Bestimmungen der neuen Innungsorganisation, über die Bedeutung und Aufgaben der Gesellen-Ausschüsse und der Handwerkerkammern, wobei er auch die bisherige Thätigkeit der Innungen kritisch beleuchtete. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in der — wie das auch vom Referenten geschehen war — angefordert wurde, trotz der wenigen Rechte, die der Arbeiterchaft bei dem neuen Gesetz eingeräumt sind, an der Wahl teilzunehmen, damit solche Personen in die Handwerkerkammern gewählt werden, die wirklich die Interessen der Arbeiter soweit dies überhaupt möglich, nach jeder Richtung vertreten.

Nachdem eine Beschlüßigung unter den Gewerben, die die einzelnen Gruppen umfassen, stattgefunden hat, wurden folgende Kandidaten für den Gesellen-Ausschuss der Handwerkerkammer aufgestellt: Gruppe I: **Väter W. Most** und **Väter Karl Heßold**. Als Ersatzmänner: **Väter Otto Kiehl** und **Väter Rob. Heppmann**. Von der Gruppe II: **Waler M. Matz** und **Steineyer S. Stadig**. Als Ersatzmänner: **Klempner Köpfe** und **Steineyer Marschall**. Von der Gruppe III: **Schmied Michaelis** und **Außer-Schmied Schiewe**. Als Ersatzmänner: **Reisenauer Danke** und **Schmied Limmertmann**. Von der Gruppe IV: **Sattler Peter Plum** und **Korbmacher Paul Bräuner**. Als Ersatzmänner: **Väter E. Gramberger** und **Wirtsmacher A. Ruhn**. Von der Gruppe V: **Schneider Joh. Will** und **Schuhmacher Stumpf**. Als Ersatzmänner: **Hutmacher Lund** und **Schneider Kaschewski**. Von der Gruppe VI: **Fischer Bleda**, **Charlottenburg** und **Fischer Pieschel-Rixdorf**. Als Ersatzmänner: **Maurer Porthe-Gerold** und **Fischer Lange**, **Steglich**. Von der Gruppe VII: **Schloffer S. Wilhelm**, **Potsdam** und **Fischer Fr. Müller**, **Brandenburg**. Als Ersatzmänner: **Köpfer E. Marzig**, **Mathenow** und **Korbmacher Joh. Eichelbaum**, **Lützenwalde**.

Im Steinmehrgewerbe sind zwischen einigen Unternehmern und den Arbeitern aufs neue Differenzen ausgebrochen. In einer Innungsgesellen-Versammlung am Sonntag, zu der auch die Innungsmeister eingeladen waren, wurde berichtet, daß auf dem Platz von **Wimmel 70** und auf dem Platz von **Zeidler** circa 50 Steinmehrer die Arbeit eingestellt haben. Der Grund der Arbeitseinstellung ist der, daß die Unternehmer den Arbeitern die Abhaltung des „Budenrechts“ verboten haben. Das Recht, wonach den Arbeitern gestattet ist, des Sonntags nach dem Frühstück auf eine halbe Stunde zusammenzutreten um über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beraten, besteht im Steinmehrgewerbe schon seit uralter Zeit und bisher ist niemals an dessen Verletzung gedacht worden. Beim Friedensschluß der letzten Lohnbewegung ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die alten Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten werden müssen und daß keinerlei Abänderungen an den bisherigen Gebräuchen bis zum 1. März 1900, an welchem bekanntlich ein neuer Tarif in Kraft tritt, stattfinden dürfen. Das

Vorgehen der Unternehmer ist nach seiner Richtung gerechtfertigt, und zwar auch deshalb nicht, weil ja die Unternehmer die allgemeine Einführung der Tagelohnarbeit beibringen und das Vubenrecht von den Accordarbeitern auf ihre eigenen Kosten ausgeübt wird. Auf Veranlassung des Gesellenausschusses hat sich auch die Innung damit beschäftigt und den Vorschlag gemacht, daß bis zum 1. März 1890 das Vubenrecht in der alt hergebrachten Weise bestehen bleibt und vom 1. März ab wegen der verkürzten Arbeitszeit entweder das Vubenrecht nach Feierabend oder des Sonntags nach dem Frühstück abgehalten wird, und im letzteren Falle die Mittagspause um eine Viertelstunde gekürzt werden soll.

An der Diskussion beteiligte sich auch der Steinmetzmeister Jabel, der darauf hinwies, daß das Vubenrecht im Steinmetzgewerbe ein fundamentales, seit hundert Jahren bestehendes Recht ist. Er würde an dem alt hergebrachten Recht unter keinen Umständen rütteln lassen. Den Unternehmern müßte übrigens selbst daran gelegen sein, das Vubenrecht aufrecht zu erhalten, weil sie dadurch Gelegenheiten haben, Differenzen, bevor sie weiteren Umfang annehmen, sofort an Ort und Stelle zu regeln. Der Redner giebt der Meinung Ausdruck, daß die Steinmetzen sich den letzten Punkten des Rechts, das sogenannte Vubenrecht, durchaus nicht nehmen lassen dürfen. Auch alle übrigen Redner traten für die Aufrechterhaltung des Vubenrechts ein, und verschiedene Redner sprachen sich entschieden gegen jedwede Abänderung auf diesem Gebiete aus. Gegen ca. 20 Stimmen gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung nimmt den Vorschlag der Innungsmeister an, wonach das Vubenrecht in der alt hergebrachten Weise bis 1. März beizubehalten und von da ab wegen der verkürzten Arbeitszeit das Vubenrecht des Sonntags nach Frühstück 1/4 Stunde abzuhalten ist und daß diese Viertelstunde in den Sommermonaten gekürzt wird. In den Wintermonaten jedoch darf die Mittagspause nicht gekürzt werden.“ Ein anderer Vorschlag der Innung, die Frühstückspause auf eine andere Zeit zu verlegen, wurde einstimmig abgelehnt. Um Differenzen auf den einzelnen Plätzen möglichst zu vermeiden, soll bei der Lohnberechnung, wenn notwendig, der Platz-Altgefelle hinzugezogen werden, der eventuell auch mit dem Geschäftsführer bezw. mit dem Unternehmer über den Preis der Arbeit zu verhandeln hat. Wird auf diese Weise kein Resultat erzielt, so soll die Angelegenheit dem Gesellenausschuß unterbreitet werden. Beschlossen wurde ferner, daß Zusammenkünfte, sog. Rechnungsgesellschaften, alle 14 Tage arrangiert werden sollen, an denen sich alle Plätze zu beteiligen haben, damit jeder Steinmetz mit der Berechnung der vorkommenden Arbeiten vertraut wird und die willfährliche Verzögerung seitens der Unternehmer endlich einmal aufhört. — Wie noch mitgeteilt wurde, sind neuerdings auch in andern Städten die Unternehmer daran, das bisher ausgeübte Vubenrecht zu verweigern, und ist es auch dort schon deshalb zu Differenzen gekommen.

Geldvereinsung. Dienstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, in Räumen des Hotel, Niederwallstr. 20: Vortrag des Herrn Adolf Damschke: „Der gegenwärtige Stand der Bodenbesitzreformfrage.“ Gäste willkommen.

An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse in Charlottenburg: Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Gambirius-Strasse eine Versammlung statt, in der die Delegierten zur Orts-Krankenkasse nominirt werden.

Sociales.

Die Vornahme einer Arbeitslosen-Zählung in Verbindung mit der Volkszählung im nächsten Jahre ist vom kaiserlichen Statistischen Amte, wie der „Volks-Zeitung“ mitgeteilt wird, abgelehnt worden. Nachdem sodann erst die Bearbeitung der Berufs- und Gewerbe-Zählung von 1895 vollendet ist — so heißt es in dem erteilten Bescheide — scheint der Kostenaufwand für eine neue Berufsstatistik schon im nächsten Jahre nicht gerechtfertigt. Auch würde für die Arbeitslosen-Zählung dieses Mal nicht die günstige Bedingung wie 1895 vorhanden sein, wo an zwei verschiedenen Terminen diese Aufnahmen gemacht werden konnten.

Die Behandlung Lungenkranker bei der Versicherungsanstalt Berlin gestaltete sich nach dem Bericht ihres statistischen Bureaus im Jahre 1895 folgendermaßen: Es kamen 266 männliche und 94 weibliche Lungenkranke zur Entlassung. Die Männer wurden in der Heilstätte des Roten Kreuzes, in Görbersdorf, Loslau und Andraenberg, die Frauen zum Teil in Görbersdorf behandelt. Die Kur dauerte durchschnittlich bei einem Manne 92, bei einer Frau 95 Tage und verursachte 342 bezw. 428 M. Verpflegungskosten. Aus der Heilbehandlung wurden 85 bezw. 88 Proz. erwerbsfähig entlassen; der einseitige Erfolg bleibt hinter dem in dem Sanatorium von Gütergoy (für männliche, nicht tuberculöse Kranke) erzielten nur um einige Prozent zurück und ist deshalb ein günstiger zu nennen; die Zeit muß es lehren, ob er auch ein nachhaltiger sein wird. Im ganzen wurden zur Bekämpfung der Lungenkrankheit für die behandelten Versicherten beiderlei Geschlechts über 180 000 M. verausgabt. — Die gesamten Kosten für die Uebernahme des Heilverfahrens (bei tuberculösen und nicht tuberculösen Personen) betragen im Berichtsjahre für die Versicherungsanstalt Berlin 249 507 M., dazu kommen noch an einmaligen Ausgaben für die neu zu errichtenden Heilstätten bei Veelitz 561 884 M., so daß für Krankenfürsorgezwecke im Jahre 1895 rund 800 000 M. aufgewandt worden sind.

Moderne Socialpolitik. Die entschiedene Kritik, die die „Münchener Post“ an den Praktiken der dortigen Stadtverwaltung übte, Schulhuppen und freie Schulbücher als Armenunterstützung an den Vätern der Kinder zu rächen, hat raschen Erfolg gehabt. Auf Antrag des ersten Bürgermeisters hat der Armenpflegeausschuß in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die Ausgaben für Suppenmarken und freie Lebensmittel in Zukunft dem Schuletat zu überweisen, um den Bewährungen den Charakter der Armenunterstützung zu nehmen.

Der Krieg.

Die letzten Depeschen berichten von einer **Rückwärtsbewegung der Boerentruppen.** Wie es scheint, geht der General Joubert nur zurück, um eine günstige Aufnahmestellung gegen die anrückenden englischen Entlaststruppen einzunehmen. General Buller ist am Sonnabend in Pietermaritzburg angekommen und hat sofort den Vormarsch seiner Truppen angeordnet. Es wird hierüber gemeldet:

Durban, 26. November. Nach einer Depesche des „Katal Advertiser“ aus Estcourt ist Befehl für den **allgemeinen Vormarsch der Engländer auf Colenso** erteilt worden. Die Depesche sagt hinzu, die Truppen seien in begeisteter Stimmung. Das Blatt ist der Ansicht, Joubert gehe wahrscheinlich des halb zurück, um den Engländern den Uebergang über den Tugela freitig zu machen.

Estcourt, 26. November. General Joubert geht von Mooi River in der Richtung auf Ladysmith zurück.

Estcourt, 26. November. Heute abend ist die englische Kolonne von hier nach Pretoria aufgebrochen. Die Eisenbahnbrücke wurde zerstört aufgefunden. Die Bahnlinie ist bereits an sechs Stellen von den Engländern wieder hergestellt worden. Der Feind geht eilig zurück.

Wie wenig aber diese Nachrichten vom Rückzug der Boeren einen Umschwung des Krieges bedeuten, zeigt die Thatsache, daß ein zur Aufklärung von Mooi River ausgehendes Lanzenreiter-Regiment verloren gegangen ist. Aus Durban wird hierüber gemeldet: Das genannte Lanzenreiter-Regiment, welches abgesandt wurde, um einen Aufklärungszug zu machen, ist noch immer nicht eingetroffen. Man befürchtet, daß das Regiment von den Boeren aufgerieben oder gefangen genommen ist. Die gesamte Presse spricht ihren

Antwillen über diesen voraussetzlichen Verlust aus und macht die Heeresleitung dafür verantwortlich. Diefelbe sei anscheinend in denselben Fehler verfallen, wie bei Standlaage.

Im Süden.

Duendenstown, 25. November. Der Bürgermeister von Barly East ist hier eingetroffen und berichtet, daß am letzten Mittwoch, den 22. November, siebzehn wohlbekannte Farmer von Barly East eines Magazins daselbst sich bemächtigt hätten, das 300 Martini-Gewehre und 4000 gefüllte Patronengürtel enthielt. Des Abends seien 130 Boeren des Orange-Freistaats eingetroffen und die Aufständischen hätten sich sofort mit ihnen vereinigt.

Kapstadt, 26. November. Die Boeren nahmen Stormberg.

Ein zweites Gefecht Lord Methuens.

Nach einer in London am Sonntag eingegangenen Depesche des Lord Methuen ist derselbe am 25. ds. Mts. bei Tagesanbruch vorgezogen und bei Graupan auf eine feindliche Abteilung in der Stärke von 2500 Mann mit 6 Geschützen und 2 Mitrailleurten gestoßen. Um 6 Uhr früh kam es zum Gefecht. Die Batterien eröffneten das Feuer und schossen mit Schrapnells, bis die Höhen verlassen schienen. Hierauf gingen die **Seesoldaten und Infanterie im Sturm vor.** Nach heftigem Kampfe, der bis 10 Uhr dauerte, wurden die Höhen genommen. Die Boeren zogen sich in der Richtung auf einen Punkt zurück, wo das 9. Lanzen-Regiment Aufstellung genommen hatte, um sie abzuschnitten. Im Augenblick der Abwendung des Telegramms war das Ergebnis dieser Bewegung noch nicht bekannt. Die Artillerie benutzte sofort den Rückzug der Boeren. Bei Beginn des Gefechts griffen 500 Boeren die englische Nachhut an, die Gardebrigade schlug sie aber zurück und deckte die Flanken. Die Marinebrigade foßt mit großer Tapferkeit und erlitt große Verluste. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Die Boeren leisteten heroischen Widerstand und mußten große Verluste erlitten haben. So viel bis jetzt bekannt, sind 31 Boeren gefallen und 48 verwundet. Auf einem Plage lagen 50 Pferdeleichen. Die englische Kolonne wird einen Tag bei Graupan bleiben, um zu rasten und Vorräte und Munition zu erneuern; sie ist bereit, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Bezüglich des Gefechts vom Donnerstag sagt das Telegramm Methuens noch: Wir wissen, daß 81 Boeren gefallen sind. Wir haben 64 Wagen der Boeren verbrannt, sowie 750 Geschosse, 50 000 Patronen und eine große Menge Pulver vernichtet.

Ferner meldet eine antilige Depesche aus Kapstadt vom 25. d. M., daß Lord Methuen heliographische Verbindung mit Kimberley hergestellt habe.

Präsident Krüger erkrankt?

„Daily News“ meldet aus Kapstadt vom Sonntag, nach verläglich privater Information aus Pretoria erwerde der Gesundheitszustand des Präsidenten Krüger bedenklich.

Aus einem Briefe Jouberts.

Ein Mitarbeiter der „D. Z.“, der mit General Joubert in Transvaal verkehrt hat, erhielt einen vom 27. d. Mts. datierten Brief, aus dem wir einige bemerkenswerte Stellen entnehmen. Joubert schildert zunächst die Vorgänge vor Ausbruch des Krieges. Er sagt:

„Unter solchen Umständen mußten wir uns auf die eigene Kraft verlassen, und diese mit unermüdlichem Eifer und schweren Opfern zu heben und den Engländern nach Möglichkeit zu verheimlichen, war unser würdigstes Bestreben. Nun, es ist uns gelungen. **Verkappte englische Spione** ließen wir mit Absicht einen Einblick in unser veraltetes Artilleriematerial thun, von dem modernen Material und seinem **anschaulichen Umfange** kam ihnen bis kurz vor Beginn des Krieges keine Ahnung auf. Nicht mit Unrecht bauten wir auf die Unzuverlässigkeit der englischen Meldungen über ihre Schlagfertigkeit. Ihren Ausruf „Nach Pretoria!“ legten wir ebenso wenig Wert bei wie Deutschland anno 1870 den Ausruf Pariser Schreier „à Berlin!“.

Joubert schildert weiter die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten der Engländer und geht auf die Aussichten des Verteidigungskrieges ein:

„Der Verteidigungskrieg, an den wir in absehbarer Zeit noch nicht zu denken brauchen, bringt uns schließlich noch größere Vorteile als der Angriffskrieg. Mit dem Geländewechsel tritt ein Wechsel der Taktik ein; in Natal und im Süden hatten wir mit wenig bekannten Verhältnissen zu rechnen, auf dem Hochland von Transvaal und dem Orange-Freistaat sind wir zu Hause. Die Engländer müssen uns und der freien Gottesnatur hier **jeden Schritt unter den unglücklichsten Schwierigkeiten abkämpfen** und immer gewärtig sein, nach zwei und drei Fronten einen Kampf anzunehmen, es wird dann — wie Sie sehr richtig annehmen — ein **Guerillakrieg** entstehen, **wie er blutiger nicht zu denken ist und wie ihn die Engländer nur wenige Monate auzuhalten in der Lage sind.**

General Joubert spricht schließlich als seine feste Ueberzeugung aus, daß die Boeren obzügen werden.

Gegen den Krieg.

London, 26. November. Die bekannten Politiker Dilke und Chamberlain hielten Reden gegen den Krieg. Letzterer stellte fest, daß der Krieg bis jetzt bereits 390 Millionen Frank gekostet und mindestens noch das Doppelte kosten würde, bevor er beendet sei. Er ist der Ansicht, daß das Geld hätte besser verwendet werden können, um die Not in England zu mildern. **Der Krieg werde vom Volke nicht gebilligt und finde nur Verfall in den Börsenpreisen und in den Verwaltungen der Goldminen.**

Keine Intervention.

Die „Berliner Neuesten Nachr.“ schreiben: Nach Erläuterungen an unterrichteter Stelle können wir nochmals bestätigen, daß es sich bei den Meldungen englischer Blätter über den Inhalt der Unterhandlungen in Windsor um müßige Kombinationen und halboffene Erfindungen handelt. Namentlich ist Transvaal überhaupt nicht ein Gegenstand von Verhandlungen oder Erörterungen gewesen.

Die Londoner Blätter befaßten sich eingehend mit der Rede des französischen Ministers des Aeußeren Delcassé in der Kammer und erklärten, durch diese Rede sei England freie Hand in Südafrika gelassen.

Letzte Meldungen.

London, 27. November. Beim Kriegssamt ist eine Depesche des General Buller aus Pietermaritzburg von gestern eingegangen, welche besagt: Die unter dem Befehl des Generals Hildard stehende Brigade rückte am 23. d. M. aus Estcourt gegen den Feind vor, der auf dem Willow Grange beherbergenden **Beacon-Hill Stellung genommen** hatte. Das Vorgehen von unserer Seite hatte zur Folge, daß der Feind sich zurückzog und die Bahnverbindung sowie der Telegraph zwischen Estcourt und Weston wiederhergestellt wurden. Die Engländer verloren 14 Tote und 50 Verwundete. General Hildard rückte nach einer Stellung in der Nähe von Pretoria vor; er hofft, den Feind, der, wie man annimmt, auf Colenso zurückgeht, abzuschnitten. General Barton rückte von Westen aus nach Estcourt vor. Die Eisenbahn ist jetzt nordwärts bis Pretoria offen.

Eine beim Kolonialamt aus Pietermaritzburg eingegangene Depesche des Gouverneurs von Natal von gestern meldet: Die Boeren ziehen sich auf Weenen zurück. **Die Briten halten einen Höhenrückzug 3 Meilen nördlich von Mooi River besetzt.** Es hat den Anschein, daß die Boeren die Stellung der Briten zu stark fanden und in der Richtung auf Ladysmith zurückzogen. Der Telegraph ist von hier bis Estcourt wieder im Stande.

Durban, 26. November. In dem Gefecht der von Hildard befehligten Truppen beim Beacon-Hill vom 23. ds. wurden dem „Katal Advertiser“ zufolge auf englischer Seite 15 getötet und 72 verwundet. Das West Yorkshires-Regiment hatte schwere Verluste. Major Hobbs geriet in Gefangenschaft. Von den Unteroffizieren und Soldaten werden einige vermißt.

Resultate

der Berliner Stadtverordneten-Stichwahlen.

6. Wahlbezirk. Er erhielten Ewald (Soc.) 347, Barth (lib.) 1126 Stimmen. Bei der Hauptwahl hatten Ewald (Soc.) 400, Barth (lib.) 677 und der Antisemit 284 Stimmen erhalten.

Gewählt: Barth (lib.)

7. Wahlbezirk. Es erhielten Karl Panfow (Soc.) 695, Ullstein (lib.) 1411 Stimmen. Bei der Hauptwahl hatten Panfow (Soc.) 529, Ullstein (lib.) 816 und der Antisemit 521 Stimmen erhalten.

Gewählt: Ullstein (lib.)

45. Wahlbezirk: Es erhielten Glöde (Soc.) 1009, Ullrich (Antif.) 1925 Stimmen. Bei der Hauptwahl hatten Glöde (Soc.) 805, Gerold (lib.) 654 und Ullrich (Antif.) 808 Stimmen erhalten.

Gewählt: Ullrich (Antif.)

Die Wahlbeteiligung war in dem 45. Bezirk besonders stark. Die Antisemiten hatten eine febrile Thätigkeit entfaltet. Alle Beamten wurden herbeigeschleppt, um unter dem Druck der öffentlichen Stimmabgabe für den Antisemiten zu stimmen. Nach Aussage einiger Postbeamten ist ihnen vom Vorsteher mitgeteilt worden, daß sie zu wählen haben, und wurde ihnen dabei bedeutet, daß, wenn sie Königstreu wären, sie wohl wählen, wenn sie zu wählen hätten. Droschken und Krenser hatten die Antisemiten in Dienst genommen, um die säumigen Wähler herbeizuholen. So mußte denn der Antisemit mit Hilfe der Freisinnigen, die mit Ausnahme von 24 Mann, die bei der Hauptwahl freisinnig gestimmt hatten, ohne Unterschied ob Jud' ob Christ für den Antisemiten votierten, gewählt werden. Es macht einen heiteren Eindruck, einen Vertreter des Antisemitismus mit Hilfe derjenigen gewählt zu sehen, denen sein ganzer Haß gilt. Mehr als eine solche Selbstentmannung kann selbst die „Krenz-Zeitung“ vom liberalen Wählerum nicht fordern, und insofern ist der Ausgang der Wahl sehr lehrreich, bedeutsamer, als er unter anderen Umständen je werden konnte.

Der Ausgang der Wahl kam nach der Haltung der beiden freisinnigen Fraktionen der Linken nicht überraschend, sie entspricht auch sonst den oft wiederkehrenden Gesplogheiten der freisinnigen Partei. Mögen sich die Freisinnigen, die sich im innigen Verständnis mit den Reaktionen der antisemitischen Partei zusammengefunden haben, ihres Sieges freuen, wir gönnen ihnen den Erfolg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 27. November. (B. Z. V.) Fortsetzung. Bei der Debatte über das Budget des Aeußeren erklärt Delcassé in Beantwortung mehrerer Anfragen, er habe an den französischen Vertreter in China sofort Instruktionen geschickt, um Gemüthung wegen der in Kwangschowton ermordeten Offiziere zu verlangen. Weiter sagt Delcassé, eine Nachfrage gebe es nicht, Frankreich habe dort dieselben Rechte wie England; und protestiert gegen die Angriffe der Opposition, welche nicht mehr vor der Möglichkeit zurückschrecke, die Stellung Frankreichs dem Auslande gegenüber zu gefährden. (Verfall auf der Linken, Widerspruch auf einigen Banken.)

Bei dem Kapitel betreffend Gehälter der Votchschafter verlangt Delcassé Wiederherstellung des Credits für die Votchschaft beim Vatikan und führt aus, es handle sich um ein nationales Interesse; Frankreich sei ein großes katholisches Land und so lange seine Regierung den Beziehungen des französischen Alerus zur römischen Kurie ihre Aufmerksamkeit zuwenden werde, sei die Aufrechterhaltung der Votchschaft beim Vatikan eine Notwendigkeit. (Anhaltende Bewegung.) Cochin erklärt, er werde für den Posten stimmen, wolle aber damit der Regierung kein Vertrauensvotum geben. Der Vorsitzende der Budgetkommission Reureur bekämpft die Bewilligung des Credits, Ribot spricht sich wegen der nationalen Interessen dafür aus. Der Kredit wird mit 340 gegen 202 Stimmen bewilligt und die Sitzung sodann geschlossen.

Köln a. Rh., 27. November. (B. Z.) Gegenüber der Meldung der „Berliner Korrespondenz“, es sei nicht beabsichtigt, Berlin in mehrere Kommunen zu zerlegen, versichert die „Köln. Volksztg.“, daß der Plan noch immer bestehe. Vielleicht werde man nach der Kaiserreise der Frage näher treten, da auch London wegen seines großen Umfangs in mehrere Verwaltungsbezirke geteilt sei und dort die Decentralisation noch weiter durchgeführt werden solle. Wenn der Minister des Innern demnach den Auftrag erhalte, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf anzuarbeiten, dann möge er sich nicht wundern. Es sei unbedingt zuverlässig, daß gewisse, sehr vornehme Kreise die Teilung Berlins aus politischen Rücksichten wünschten. Das Dementi habe nur das Eine festgestellt, daß das Ministerium des Innern mit der Sache noch nicht beschäftigt sei.

Wiener Neustadt, 27. November. (B. Z. V.) Bei der Landtags- Ergänzungswahl wurde Hofer (Schönererianer) mit 1154 Stimmen gewählt gegen Andolf Strohdach (Christlich-social), welcher 785 Stimmen erhielt.

Im Wiener Bezirk Mariahilf wurde Dr. Pattai (Christlich-social) mit 2438 von 4381 abgegebenen Stimmen gewählt.

Budapest, 27. November. (B. Z.) Heute wurden bei größter Ruhe die **Delegationswahlen** von beiden Häusern des Reichstags vorgenommen. Kossuth erhob im Namen der Unabhängigkeitspartei Protest.

Haag, 27. November. (B. Z. V.) Die Königin und die Königin-Mutter werden sich am Mittwoch nach Brüssel begeben, um mit dem deutschen Kaiser und der Kaiserin auf der Rückreise von England zusammentreffen.

La Louvière, 27. November. (B. Z. V.) In dem heute hier abgehaltenen Nationalkongreß der Bergarbeiter wurde in geheimer Sitzung nach stürmischer Debatte der Antrag, betreffend einen **allgemeinen Ausstand der Bergarbeiter**, abgelehnt.

Granada, 27. November. (B. Z.) Hier fanden **Muruhen** statt, weil man eine Versammlung der Freidenker verboten hatte. Als der Präsident ausfuhr, warf man mit Steinen nach ihm, wobei er verletzt wurde. Die Gendarmerie schritt ein, nahm einige Verhaftungen vor und stellte die Ruhe wieder her.

Reichstag.

140. Sitzung vom 27. November 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Kosobrodsky. Zunächst wird der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Wandert (Soc.) wegen Verleumdung des Buchdruckereibesetzers Veeger-Apolda zu verlegen, debattellos angenommen.

Die zweite Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle wird fortgesetzt bei Art. 6b, der im § 124a der Gewerbe-Ordnung, nach welchem aus wichtigen Gründen der Arbeitsvertrag ohne Zustimmung einer Kündigungsfrist aufgehoben werden kann, wenn derselbe mindestens auf 4 Wochen oder wenn eine längere als 14 tägige Kündigungsfrist vereinbart ist, diese Bedingung der Aufhebung streichen will.

Abg. Fehr. v. Stumm (Rp.) beantragt, den Art. 6b zu streichen.

Abg. Fehr. v. Stumm (Rp.):

Ich gebe zu, daß bei längeren Kündigungsfristen die sofortige Aufhebung des Arbeitsvertrages aus wichtigen Gründen berechtigt ist, bei kürzeren als 14tägigen Kündigungsfristen dagegen kann ich diese Berechtigung nicht anerkennen, der ganze Arbeitsvertrag hätte unter solchen Umständen gar keinen Wert. Außerdem ist doch der Begriff der „wichtigen Gründe“ ein ganz unbestimmter. Wenn ein Arbeitgeber einen Werkmeister gegen den Wunsch der Mehrheit seiner Arbeiter behält, oder Arbeiter einstellt, die nicht organisiert sind, so können das die Arbeiter sehr wohl als einen wichtigen Grund erklären, die Arbeit sofort einzustellen. Oder nehmen wir an, ein Arbeitgeber hat Aussicht auf große Bestellungen, er stellt daraufhin Hunderte von Arbeitern ein und erhält dann plötzlich die Nachricht, daß er die Bestellung nicht erhält. Das ist doch dann ein „wichtiger“ Grund für ihn, die Hunderte von Arbeitern sofort wieder ohne Kündigung zu entlassen. Es ergäbe also eine große Unklarheit für die Auslegung des Arbeitsvertrages, wenn Sie den hier beantragten Artikel 6b annehmen würden und ich bitte Sie daher, ihn im Interesse der Arbeiter selbst abzulehnen und es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen.

Abg. Baffermann (nall.):

In der Kommission herrscht vollständige Uebereinstimmung darüber, daß dieser Artikel anzunehmen sei. Bestimmend war dabei die Thatsache, daß heute schon eine Kontroverfe darüber besteht, ob die Einschränkung des § 124a der Gewerbe-Ordnung durch den § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches, nach dem das Dienstverhältnis von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden kann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, aufgehoben sei oder nicht. Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir bei dieser Gelegenheit auch die Ansicht des Reichs-Justizrates erfährten. Für den Arbeiter ist es jedenfalls besser, wenn im Gesetz fest umschriebene Aufhebungsgründe für den Arbeitsvertrag angegeben sind. Durch Wiederherstellung der jetzigen Fassung des § 124a wird aber natürlich die erwähnte Kontroverfe nicht entschieden. Ich werde daher zwar für den Antrag Stumm stimmen, behalte mir aber für die dritte Lesung vor, den Artikel 6b eventuell in anderer Fassung wieder einzubringen.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schier:

Ich darf wohl hoffen, daß nach den Ausführungen des Herrn Vorredners das hohe Haus den Vorschlag der Kommission nicht annehmen wird. Die Regierung legt aber Wert darauf, zu erklären, daß diese Bestimmung des § 124a der Gewerbe-Ordnung durch den § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht aufgehoben wird. Nur die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung sind durch das Bürgerliche Gesetzbuch aufgehoben, die im Einführungsgesetz ausdrücklich erwähnt sind und das ist bezüglich dieser Bestimmung nicht der Fall. Ich bitte Sie daher, den Kommissionsantrag abzulehnen.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Ich bin diesmal in der seltenen Lage, einem Antrag des Abg. Stumm zustimmen zu können. Prinzipiell ist ja die allgemeine Bestimmung, daß bei wichtigen Gründen der Arbeitsvertrag ohne Kündigung aufgehoben werden kann, durchaus zu billigen, aber nicht in den Fällen, wo es sich um inhaltlich widersprechende Interessen handelt und wo der Richter sich leicht durch die soziale Lage des einzelnen Zeits in seiner Entscheidung darüber, was richtig ist, bestimmen lassen kann. Im Interesse der social schlecht gestellten Arbeiter liegt es daher, daß der Arbeitsvertrag möglichst genau umschrieben wird. Es kam in der That eine ganze Reihe solcher Gründe, wie sie Herr v. Stumm angeführt hat, geben, in denen es sehr zweifelhaft ist, ob die angegebenen Gründe wichtig sind oder nicht. Jedenfalls ist es unter den heutigen Verhältnissen ganz klar, daß die Gerichte in den weitaus meisten Fällen zu Ungunsten der Arbeiter entscheiden werden. Sie werden ohne Zweifel einen Streik z. B. nicht als wichtigen Grund zur sofortigen Wiederlegung der Arbeit anerkennen, nebrigens möchte ich noch darauf hinweisen, daß, wenn auch unzweifelhaft der § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis im allgemeinen keine Anwendung findet, die Judikatur doch dahin gelangen wird, seine Gültigkeit für das Verhältnißverhältnis anzuerkennen, da dies ohne Zweifel zu den Arbeitsverhältnissen auf längere Zeit gehört. Ich hoffe aber, Herr Baffermann wird sich davon überzeugen, daß es am einfachsten ist, den Artikel 6b überhaupt zu streichen, und bitte Sie vor allem im Interesse der Arbeiter, die durch die Aufnahme einer solchen Bestimmung entschieden geschädigt werden würden, den Vorschlag der Kommission abzulehnen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Frege-Belgien (l.):

Es ist hier von den verschiedenen Rednern nachgewiesen worden, daß es sich bei Streichung dieses Beschlusses der Kommission um eine Maßnahme im Interesse der Arbeiter handelt, und deshalb kann es auch den Kommissionsmitgliedern, die diesen Beschluß einstimmig gefaßt haben, nicht benommen werden, jetzt ebenfalls für Streichung dieses Artikels zu stimmen. Damit schließt die Diskussion. Für Annahme des Artikels 6b erhebt sich niemand, derselbe ist also gemäß dem Antrag Stumm gestrichen.

Es folgt die Beratung von Artikel 6c, der die Kündigungsfrist für Betriebsbeamte, Werkmeister usw. nach den in den §§ 67-69 des Handelsgesetzbuches enthaltenen Bestimmungen regelt, so daß die Kündigungsfrist mindestens einen Monat betragen und für beide Teile die gleiche sein muß.

Abg. Fehr. v. Stumm (Rp.):

Ich habe in der ersten Lesung ausgeführt, daß im Gesetz die Möglichkeit gegeben werden müsse, Werkmeister, die sich zum Beispiel Bestellungen zu sammeln kommen lassen, sofort zu kündigen. Daraufhin bin ich sehr heftig angegriffen worden. Es hat mir aber natürlich ferngelegen, den Stand der Werkmeister überhaupt herabzusetzen zu wollen. Er ist mindestens eben so ehrenwert wie der Stand der Mitarbeiter. Wie diese aber in einzelnen Fällen ihre Autorität gegenüber den Retorten misbrauchen können, so auch in den einzelnen Fällen die Werkmeister ihre discretionäre Gewalt gegenüber den Arbeitern mißbrauchend haben ich mich aber beilegen lassen, daß durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Arbeitsordnung solchen Mißbräuchen einzelner Werkmeister entgegenzuwirken werden kann. Daher habe ich für die zweite Lesung keine weiteren Anträge hierzu gestellt.

Abg. Baffermann (nall.):

erklärt sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden, die geeignet seien, die bestehenden großen Ungleichheiten in den Vertragsverhältnissen der Werkmeister z. z. zu beseitigen.

Artikel 6a wird hierauf angenommen.

Es folgt die Beratung von Artikel 6d, dessen erste Ziffer ein Lohnbuch für minderjährige Arbeiter einführt durch Einschaltung eines dritten Abzuges in den § 134 der Gewerbe-Ordnung. (Allgemeine Bestimmungen über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter) welcher lautet:

Auf Fabrikten, für welche besondere Bestimmungen auf Grund des § 114a Abs. 1 (nach welchem der Bundesrat für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel einführen kann) nicht erlassen sind, ist auf Kosten des Arbeitgebers für jeden minderjährigen Arbeiter ein Lohnbuch einzurichten. In das Lohnbuch ist bei jeder Lohnzahlung die Berechnung des verdienten Lohnes einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Minderjährigen oder seinem gesetzlichen Vertreter anzuhändigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzugeben. Auf das Lohnbuch finden die im § 110 Abs. 1, § 111 Abs. 2-4 enthaltenen Bestimmungen über die Einrichtung der Lohnbücher Anwendung.

Abg. Fehr. v. Stumm (Rp.) beantragt, diese Ziffer zu streichen, oder eventuell statt „die Berechnung des verdienten Lohnes“ zu setzen „der Betrag des verdienten Lohnes“.

Abg. Fehr. v. Stumm (Rp.):

Die Fassung der Kommissionsvorlage ist durchaus mißverständlich. Jede Erschwerung der Lohnzahlung rächt die Frist der Lohnzahlung zum Schaden des Arbeiters hinaus. Eine Erschwerung liegt aber in der Vorfrist, die Berechnung des verdienten Lohnes in ein Lohnbuch einzutragen. Fast unbrauchbar ist die Bestimmung in großen Betrieben mit Accorarbeit, wenn nur monatlich Lohn gezahlt wird und vorher Vorzinsse gewährt werden. Wenn der Vater des jugendlichen Arbeiters der Ansicht ist, daß der Lohn falsch berechnet ist, so genügt ja die Einsicht in das große Lohnbuch des Fabrikanten. Zur Kontrolle des jugendlichen Arbeiters durch den Vater, die ja socialpolitische Bedeutung hat, reicht es vollkommen aus, wenn der Betrag des verdienten Lohnes eingetragen wird. Das hat mich zu meinem Eventualantrag geführt, wenn ich auch nicht verkenne, daß auch eine solche Bestimmung in großen Betrieben die Verschiebung der Lohnzahlung um mehrere Tage bewirken kann.

Abg. Dr. Baquiste (fr. Sq.):

Daß es sich empfiehlt, nur den Betrag des verdienten Lohnes einzutragen, ist von Herrn v. Stumm überzeugend nachgewiesen worden. Meine Bedenken gegen den ganzen Paragraphen sind so stark, daß ich eine Ablehnung empfehle. Die Lohnbücher für jugendliche Arbeiter haben sich in der Praxis nicht bewährt. Schon jetzt konnten sie durch Ortsstatut vorgeschrieben werden, aber nur ganz vereinzelt haben die Gemeinden davon Gebrauch gemacht. Auch die Annahme des heutigen Kommissionsvorschlages, selbst wenn er im Sinne des Vorredners geändert werden würde, würde sich als ein Schlag ins Wasser erweisen. Sollte der Antrag demnach Annahme finden, so behalte ich mir bis zur dritten Lesung vor, eine Aenderung dahin zu beantragen, daß die Lohnbücher nicht für alle minderjährigen Arbeiter, sondern nur für diejenigen unter 18 Jahren eingeführt werden.

Abg. Bebel (Soc.):

Wir befinden uns abermals in der seltenen, aber doch sehr angenehmen Lage, mit Herrn v. Stumm stimmen zu können, sowohl für seinen Eventual- als für seinen Hauptantrag. Zwar hat Herr v. Stumm schließlich sich bereit erklärt, den Paragraphen anzunehmen, unter der Voraussetzung, daß er in dritter Lesung verbessert wird. Aber wir sind unter allen Umständen gegen den Kommissionsantrag, weil wir uns, wenn er so bleibt, wie er dasteht, und das wird er doch wohl, gar nichts davon versprechen können. Wir haben uns schon 1891 mit aller Entschiedenheit dagegen gewandt, daß eine Bestimmung über die Lohnzahlung jugendlicher Arbeiter, wie sie § 114a jetzt enthält, aufgenommen werde. Wir sind damals in der Minorität geblieben. Mittlerweile mögen die Erfahrungen, welche mit jener Bestimmung gemacht worden sind, auch bei Herrn v. Stumm die Ueberzeugung wachsen lassen, daß eine ähnliche Bestimmung, wie sie hier zu § 134 verlangt wird, noch weniger Erfolg haben wird. Nun ist aber vom Urheber der gegenwärtigen Gesetzesfassung — ich glaube vom Abg. Dr. Sieber — neuerlich selbst bei Art. 6 hervorgehoben worden, daß der Wert der §§ 114a ff., wie sie die Mehrheit angenommen hat, nur ein sehr problematischer sei. Ich behaupte aber, daß, wenn diese Paragraphen unter Art. 6 einen problematischen Wert haben, diese hier zu § 134 vorgeschlagene Bestimmung gar keinen Wert hat. Die Vorredner haben das so ausdrücklich dargelegt, daß ich mir jedes Wort darüber sparen kann. Ich möchte Sie ersuchen bitten: machen Sie keine Gesetzesgebung, wo große Paragraphen in die Gesetzgebung hineingekommen werden, von denen sich hinterher herausstellt, daß sie eigentlich eine Abstraktion der selben sind und bei der derjenige, welcher mit der Gewerbe-Ordnung umgeht, auf Dinge stößt, von denen er nicht weiß, was er damit machen soll. Nehmen Sie gemäß dem Antrag Stumm den ganzen Artikel ab! Sollte er aber nicht abgelehnt werden, so werden wir für den Eventualantrag Stumm stimmen.

Abg. Hise (C.):

Ich ziehe mich auf den Eventualantrag Stumm zurück, da ich einsehe, daß sich die Eintragung der Berechnung des Lohnes für große Betriebe nicht durchführen läßt. Eine Kontrolle der jugendlichen Arbeiter durch die Eltern ist von großer Bedeutung. Erhalten die jugendlichen Arbeiter nur Lohnzettel, dann können sie ihn leicht mit solchen vertauschen, auf denen geringere Beträge, als die wirklich verdienten eingetragen waren. Man muß das Treiben der jungen Menschen an den Automaten beobachten, um zu erkennen, wie viel Grobchen Lohn den Eltern unterschlagen werden. Deshalb sollte der verdienten Lohn wenigstens in ein Lohnbuch eingetragen werden.

Abg. Freiherr Hehl zu Herrnsheim (nall.):

Die große Mehrzahl meiner politischen Freunde werden für den Kommissionsvorschlag mit der vom Abg. Stumm beantragten Aenderung stimmen. Der springende Punkt dieses Paragraphen ist nicht die Berechnung des Lohnes für die jugendlichen Arbeiter, sondern die Pflicht, das überaus lästige Vorgehen der Gemeinden auf socialpolitischem Gebiete durch die Gesetzgebung zu bekämpfen. Ich begreife nicht, wie sich Herr Bebel hiergegen erklären kann. Oder ist er vielleicht nur aus dem Grunde dagegen, damit die Eltern nicht erfahren, wenn die jugendlichen Arbeiter ihre Grobchen der Socialdemokratie zutragen? (Lurbe bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bebel (Soc.):

Der Herr Abg. v. Hehl scheint nicht zu wissen, daß nach unserem Vereins- und Versammlungsgesetz jugendliche Arbeiter unserer Versammlungen, überhaupt politischen Organisationen nicht angehören dürfen, wenigstens müssen sie in Praxen 18 Jahre alt sein. Im übrigen aber muß ich mir aufs allerentschiedenste verbitten, eine derartige Vermutung hier auszusprechen, so lange nicht Herr v. Hehl in der Lage ist, den Beweis dafür anzuführen, daß wir eine solche Vermutung bei diesem Paragraphen besäßen. Ich würde mich in der That schämen, wenn ich selbst einer so heillosen Hintergedanken, wie er ihn mir unterschiebt, in der Belästigung des § 134a anwenden sollte. Wir bekämpfen vielmehr den Paragraphen, weil wir in ihm eine schandvolle Bestimmung sehen und ihn für ganz unbrauchbar halten. Nun sagt Herr Hise, die Eltern sollten dadurch die Möglichkeit erhalten, über den Verdienst ihrer Kinder unter 21 Jahren jederzeit Auskunft zu erlangen. Wenn das Familienverhältnis aber so beschaffen ist, daß die jungen Leute mit den Eltern auf einem solchen Kriegsfuß stehen, daß sie nur durch gesetzliche Zwangsmittel genötigt werden können, den Eltern über ihren Verdienst Auskunft zu geben, dann ist das nicht allein traurig, sondern dann hilft auch das Gesetz nicht. (Sehr wahr! bei den Socialdem.) Denn diese jungen Leute kämen dann ja, wenn sie so ausgezeichnete

Löhne erhalten, wie Abg. v. Hehl meint, jederzeit in die Lage, ihre Eltern zu verlassen. Somit ist dieser ganze Paragraph ein Schlag ins Wasser. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gerade bei der Fluktuation der Arbeiterbevölkerung, von der die jugendlichen Arbeiter keine Ausnahme machen, sind solche Bestimmungen ganzlich nutz- und ergebnislos.

Der einzige Trost, den wir haben, wenn Sie den Antrag annehmen, ist der, daß er, wie Sie ihn auch formulieren, auf dem Papier bleibt, sonst müßten Sie eine ganze Reihe weiterer Bestimmungen in das Gesetz aufnehmen, die Sie wieder nicht aufnehmen dürfen, weil denen die allgemeinen Gesetze gegenüberstehen, das Recht der Freizügigkeit usw. Wir verkenne keineswegs, daß die Verhältnisse in den Fabriken in Bezug auf die jungen Leute sehr schwere Verhältnisse im Gefolge haben, aber wir bestreiten auf das entschiedenste, daß man mit gesetzlichen Bestimmungen diese socialen Schäden heilen kann. — Sie sagen, wir wollen die lächerlichen jungen Leute zwingen, ihren Eltern jederzeit den Nachweis zu liefern, was sie verdienen, gegebenenfalls ihnen Geld abnehmen zu können. Wie aber, wenn der Vater Trunkenbold ist und das schwer erarbeitete Geld des Kindes haben will, um seiner Trunksucht zu fröhnen? — Was nun unsere Stellung zu dem Eventualantrag Stumm betrifft, so genügt es, wenn der Gesamtbeitrag dasteht. Was die Kinder im einzelnen verdient haben, können die Eltern doch nicht kontrollieren. Außerdem ist es ein unbilliges Verlangen, wenn Geschäftsleute, die 20, 30, 40 derartige junge Leute beschäftigen, die Lohnbücher mit diesen ellenlangen Berechnungen ausfüllen sollen. Ich halte meinen Standpunkt, der dahin geht, den Antrag abzulehnen, für besser, werde aber, wenn der Antrag angenommen wird, für diese Verbesserung stimmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Jacobsfütter (l.):

Wir haben in der Kommission für den Antrag gestimmt und werden auch jetzt für die Kommissionsfassung eintreten. Wir verkenne nicht, daß einzelne Bedenken dagegen sprechen. Die von Herrn Hise vorgebrachten Gründe sind aber für uns ausschlaggebend. Der Eventualantrag Stumm halten wir für eine Verbesserung. Bis zur dritten Lesung behalten wir uns vor, eine neue Fassung vorzuschlagen.

Abg. Fehr. v. Hehl (nall.):

Ich habe Herrn Bebel lediglich gefragt, ob ihm die erzieherische Tendenz des Antrags nicht sympathisch sei, und ob der Fortschritt nicht etwa die Beiträge aus dem Lohn der jugendlichen Arbeiter für die socialdemokratische Partei wichtiger seien. Ich ging dabei davon aus, daß die Socialdemokratie für Abschaffung der elterlichen Autorität sei, weil sie ja auch die Ehe abschaffen will. (Lurbe bei den Socialdemokraten.)

Abg. Franken (nall.):

sieht in den Kommissionsvorschlägen ein wirksames Mittel, die Jugend zu kontrollieren, und wird deshalb dafür stimmen.

Abg. Dr. Baquiste (fr. Sq.):

erklärt sich gegen die Kommissionsvorschläge, wegen der unermesslichen Sacereien für die Arbeitgeber. Diese könnten leicht deshalb überhaupt von der Einstellung jugendlicher Arbeiter absehen.

Abg. Wolfenbühr (Soc.):

Wo die Erziehung durch die Kirche Sackbruch gelitten hat, scheint Herr Hise den Volkstümern zu Hilfe rufen zu wollen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Paragraph schafft überdies ein Ausnahmerecht, denn die jugendlichen Arbeiter im Handwerk fallen nicht unter die Kontrolle. Ebenso sind die im Handels- und gewerblichen Arbeiter frei und nur die Fabrikarbeiter unterliegen der Kontrolle. In den meisten Fällen ist den Eltern der Verdienst der Kinder genau bekannt, nur bei Accorarbeit nicht immer. Der Vorschlag des Herrn Hehl soll auch die Socialdemokratie bekämpfen helfen. Dinge, die sonst zu nichts nütze sind, sollen gegen die Socialdemokratie helfen, das ist ein alter Aberglaube der bürgerlichen Parteien. Die Rechte gegen die Socialdemokratie werden wieder um eine Nummer verneuert sein, aber helfen wird auch diese neue Nummer nichts. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Möller (nall.):

Der Gedanke, die Loslösung der jugendlichen Arbeiter von der Familie zu verhindern, ist auch mir sympathisch, aber ich muß mich hier den Bedenken des Abg. Bebel anschließen und halte die hier vorgeschlagenen Bestimmungen für einen Versuch mit unzulässigen Mitteln. Ich kann deshalb für die Kommissionsfassung nicht stimmen.

Abg. Bebel (Soc.):

Nach den Versicherungen, die hier von verschiedenen Rednern gefaßt sind, besteht die Absicht, mit diesem Gesetzesparagraphen eine erzieherische Wirkung anzuzustreben. Zu diesem Zwecke sind die jugendlichen Arbeiter hier in sehr schwarzen Listen dargestellt worden. Warum schilt man aber hier nur die jugendlichen Arbeiter, warum nicht auch die jugendlichen Söhne von Kaufherren und Fabrikanten? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die jugendlichen Arbeiter geben wenigstens nur das Leihstimmig aus, was sie sich selbst erarbeitet haben. Für die anderen jugendlichen Personen, welche ich eben erwähnt habe, können die Eltern oft das gar nicht herbeischaffen, was sie in einer Nacht leihstimmig ans Spiel setzen. Da wird in einer Stunde oft mehr verdient als hundert Arbeiterfamilien das ganze Jahr über verdienen. Warum geht man dagegen nicht griechisch vor? Es giebt doch eine Menge unmündiger Offiziere, die mit ihrem Gehalt nicht auskommen und leihstimmig Schulden machen, und der Harmlosen-Prozeß hat nach dieser Richtung hin sehr wenig schmeichelhafte Bilder über unsere goldene Jugend aufgestellt. Den Vergleich mit dieser Sorte von Menschen haben unsere jugendlichen Arbeiter wahrlich nicht zu scheuen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Hehl verbindet mit dem Paragraphen auch noch politische Zwecke, aber es ist doch neckwürdig, daß diesmal die Herren Stumm und Möller, die sonst bei jedem politischen Anzeilungsversuch gern dabei sind, sich ablehnend gegen die Vorschläge des Herrn v. Hehl verhalten, der sich ja mit Erfolg einen liberalen Arbeitgeber nennt. Herr v. Hehl hat zum zweitenmal die Zustimmung wiederholt, die ich schon nach dem erstenmal zurückgewiesen hatte. Das spricht von einem solchen Tiefstand der Stimmung, daß ich zur Neuzählung keinen parlamentarischen Ausdruck bei der Hand habe.

Vizepräsident v. Frege:

Herr Abg. Bebel, die Worte: „Tiefstand der Stimmung“, sind in der Verhandlung, wie Sie sie hier gebraucht haben, parlamentarisch unzulässig.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Was würde Herr v. Hehl sagen, wenn ich ihm unterziehe, er beschäftige mit diesen gesetzlichen Bestimmungen hier ein kleines Socialistengesetz in die Gewerbe-Ordnung hineinzubringen. Das würde er sich gewiß entschieden verbitten. Aber ich könnte das mit großem Rechte sagen als wie Herr v. Hehl uns insinuiert, wir träten nur für die jugendlichen Arbeiter ein, weil wir ihre Grobchen haben wollten. Auch wenn wir keinen roten Heller von ihnen belämen, unsere Stellungnahme wäre dieselbe. Nachdem sich Herr v. Hehl so ausgesprochen hat, übertrumpft er sich noch selbst und sagt, wir seien gegen die elterliche Autorität, weil wir die Ehe abschaffen wollen. Eine solche Geschwätzigkeit hätte ich ihm nicht angetraut, weil ich immer annehme, daß er in der socialistischen Literatur doch einigermaßen Bescheid weiß. Soweit die socialistischen Fäulnis verbreitet sind, leben sie in legitimer, nicht etwa in wilder Ehe, und jeder von uns hat bei seinen Kindern mindestens so viel Autorität und Einfluß wie Herr v. Hehl und seine Freunde. Herr v. Hehl möge mir eine Stelle in der socialistischen Literatur zeigen,

welche die Abschaffung der Ehe verlangt. Er vermag es nicht, von der Umwandlung und Umgestaltung der Eheverhältnisse die Rede zu machen, da er nur gelobt hat, sich ebenso wie die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Geschlechter umzugestalten und ändern zu lassen. (Wachen bei den Nationalliberalen und rechts. Aufste: Da haben Sie ja die Bestätigung!) Das versprechen Sie nicht (erwidert er bei den Nationalliberalen), nein, das versprechen Sie nicht, dazu sind Sie in all zu großen Vorurteilen befangen.

Mit dem ganzen Gesetzesvorschlag werden Sie nur das Gegenteil von dem erreichen, was Sie erreichen wollen. Sie werden den Streit erst in die Familien hineinbringen, denn wenn ein jugendlicher Arbeiter oder eine Arbeiterin sich weigert, den Lohn herauszugeben, so kann er ihnen nicht genommen werden. Die Folge des Streits wird nur sein, daß die jugendlichen Leute das Elternhaus verlassen. Ist denn die Mehrzahl der Leute, auf die es hier abgesehen ist, überhaupt jetzt noch im Elternhaus? (Abg. Reitzig: Leider nein!) Jawohl, leider, aber ich kann es nicht ändern. Im übrigen ist es eine unerhörte Uebertreibung, wenn Sie den Verzicht der jugendlichen Arbeiter und ihrer Gattin, das Geld zu verweigern, hier als so groß hinstellen. Wenn Sie konsequent sein wollten, müßten Sie die Bestimmungen auf alle jugendlichen Arbeiter ausdehnen und diejenigen, die nicht in der Heimat beim Elternhaus sind, einen Vorwand von Ausreisewegen stellen, der die Kontrolle ausübt. Das können Sie nicht und so lange Sie das nicht können, bleibt die ganze Bestimmung ein Schlag ins Wasser. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (L.):

Zu den Nebenbürgerlichen Verhältnissen sind die Dinge nicht so schlimm, wie in der großen Industrie. Dem Handwerksmeister steht der Vater des jugendlichen Arbeiters doch viel näher, als dem großen Fabrikherrn. Der Abg. Bebel hat sich gewundert, daß wir so für die Söhne der Arbeiter sorgen und uns nicht um die Kinder der Fabrikanten kümmern. Ja, in Fabrikantenkreisen ist die Autorität des Vaters nicht so erschüttert und leichter anrecht zu erhalten als in Arbeiterkreisen. Es ist also die Sorge um das Wohl des Arbeiterstandes, die unsern Standpunkt bedingt. Die Gesetzgebung hat nach unserer Auffassung die Aufgabe, über die Durchführung des vierten Gebots zu wachen. (Bravo! im Centrum und rechts.) Ich verweise jetzt vollkommen, weshalb sich Herr Bebel so gegen diese Bestimmung erhebt. Sie stärkt die Autorität der Eltern und die Sozialdemokraten wollen sie beseitigen. Das ist ganz konsequent. Nach Ihrer Auffassung (zu den Sozialdemokraten) ist die Ehe eben nur ein Privatvertrag, wie jeder andere, von dem die Vertragsschließenden jederzeit zurücktreten können. Nach Ihrer Meinung soll die Ehe jederzeit kündbar sein wie jeder Privatvertrag. Ja, Sie verlangen, daß sich Staat und Gesetzgebung gar nicht darum zu kümmern hätten. Ihre Ansicht ist, daß der Mann gar nicht die Verpflichtung hat, für die Mutter aufzukommen und für das Kind. Die Fürsorge für Mutter und Kind übernimmt der Sozialstaat oder die Gemeinde. Die Mutter kommt ins Wächnerinnen-Kloster. Das Kind wird nach einer gewissen Zeit der staatlichen Erziehung überwiesen. Mit einem Wort: Sie wollen in Ihrem Zukunftsstaat die Mutter beseitigen (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), ich meine die Mutterhaft (Erneute Heiterkeit), natürlich nicht die physiologische, die Sie allein anerkennen, sondern die geistige und ideale Seite der Mutterhaft, die wir hochhalten. (Bravo! im Centrum.) Wenn die Mutter nicht mehr die Pflicht der Erziehung hat, sondern diese vom Staate übernommen wird, wenn der Vater sich gar nicht um das Kind zu kümmern braucht, dann steht den Eltern natürlich später auch keine Autorität zu. Sie beseitigen die Pflichten der Eltern, an die Stelle von Vater und Mutter treten Staatsbeamte. Und Sie führen als Grund dafür an, daß die Erziehung ein so schwieriges Geschäft ist, daß nur gebildete Leute sie verrichten dürfen. Die Mutter darf höchstens zur Kinderstube gehen und das Kind einmal besuchen. Das ist das Bebel'sche Zukunftsstaatsrezept. (Lachen bei den Sozialdemokraten), zu dem wir im prinzipiellen Gegenstand stehen. Unsere Aufgabe ist es, Ehe und Familie zu stärken. Da aber auch nach Ihrer Auffassung die Abänderung der Ehe Zukunftsfrage ist, sollten Sie sich heute auf den Boden der Gegenwart stellen und für unsere Anträge stimmen. (Lebhaftes Bravo im Centrum.)

Abg. Febr. v. Stumm (Rp.):

Es kann nicht bestritten werden, daß die Sozialdemokraten die Abschaffung der Ehe und die Einführung der freien Liebe in ihr Programm aufgenommen haben. Das die vorliegenden Paragraphen anlangt, so kann ich Herrn Bebel bestätigen, daß die Kommunen bisher von der Erlaubnis wenig Gebrauch gemacht haben, durch Ortsstatut Lohnzahlungsbücher einzuführen, und zwar deshalb, weil die jugendlichen Leute und die Eltern in dieser Bestimmung ein Mißtrauensvotum erteilen. (Sehr richtig!) Auch der Arbeiterausschuss meiner Fabrik hat sich einstimmig und zwar aus denselben Gründen gegen die Einführung dieser Kontrolle erklärt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hise geht zu weit. Das Geld, das der jugendliche Arbeiter verdient, gehört von Gott und Rechts wegen ihm; gewiss ist er moralisch verpflichtet, die Eltern zu unterstützen; aber man darf doch nicht sagen, das Geld, das er verdient, gehört nicht ihm, sondern den Eltern.

Abg. Franken (natl.):

bestreitet, daß in Schale die Löhne der jugendlichen Arbeiter niedrig seien. Bei ihm (Redner) verdienen sie 2,50-3 M. täglich. Dagegen zähle der Reichsdapperle sozialdemokratische Konsumverein sehr niedrige Löhne und habe für die Geschäftsführer eine Arbeitszeit von 1/2 bis 7 Uhr, wie sie in keinem bürgerlichen Geschäft üblich sei.

Abg. Bebel (Soz.):

Die Zustände in der Fabrik des Herrn Franken kenne ich nicht. Ob die Löhne, die er für die jugendlichen Arbeiter von Scholle genannt hat, die richtigen sind, läßt sich erst feststellen, wenn ein Vergleich der Löhne mit den Nachbarbetrieben gezogen wird. Der Abg. Müller hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß seit 1890 die Zahl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bedeutend gestiegen ist. Was ist der Grund für diese gewaltige Zunahme? Die Technik, die Maschinen, die Teilung der Produktionsprozesse der Großindustrie haben so mächtige Fortschritte gemacht, daß man heute Arbeiten, die vor 20 Jahren von erwachsenen und gelehrten Arbeitern verrichtet werden mußten, heute von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen verrichten lassen kann. Daß bei dieser Entwicklung die Löhne der jugendlichen Arbeiter gestiegen sind, ist klar. Herr Franken hat wieder von sozialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Ich habe wie so oft schon nochmals auf das nachdrücklichste hervor: Es kann und darf keine sozialdemokratischen Konsumvereine geben. Die Statuten dieser Vereine gestatten jedem den Zutritt, nirgends findet sich die Bestimmung, daß nur Sozialdemokraten eintreten können. Das wäre ja auch vom Standpunkt des Gesetzes aus unmöglich. Nach dieser Logik müßten Sie auch die Hisseloffen, die Fabrik-Krautentassen und die Orts-Krautentassen, in deren Vorständen so viele Sozialdemokraten sitzen, sozialdemokratisch nennen. (Herr v. Stumm nickt.) Wunderbarerweise nicht nur Herr v. Stumm zu. Das verstehe ich absolut nicht. Genau so sieht es auch mit den Konsumvereinen. Wir lehnen die Verantwortlichkeit für die Tätigkeit der Konsumvereine auf das empfindlichste ab, wir haben gar keine Lust, alles zu verantworten, was in ihnen geschieht, und das verweigere ich Ihnen, wenn wir eingreifen hätten, würden wir mandes anders machen. Andererseits muß aber mit demselben Nachdruck hervorgehoben werden, daß die durchschnittliche Lage und Lohnhöhe der in Konsumvereinen angestellten Arbeiter besser ist als in den übrigen bürgerlichen Geschäften, auch in Bezug auf die Arbeitszeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bestimmung über die Arbeitszeit der Geschäftsführer im Konsumverein in Reichsdapperle ist gewiss hart. Am besten können Sie aber dieser langen Arbeitszeit dadurch entgegenwirken, wenn Sie unsern Antrag, einen Normalarbeitslohn, sagen wir zunächst von 10 Stunden — wir lassen ja mit uns handeln (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — annehmen wollten. Das haben Sie aber bisher nie gewollt. Heutzutage liegen auch die Arbeitslöhne im Expeditionsgeschäft überhaupt sehr ungesund. Was für Löhne Konsumvereine

zahlen, dafür giebt der Dreßdener Konsumverein ein glänzendes Beispiel. Hier sind die Arbeitsbedingungen für jeden Angestellten viel günstiger als in irgend einem anderen Konsumgeschäft. Und so wie in Dreßden liegt es auch in Leipzig und Chemnitz. Die Leute drängen sich zu den Posten; das würde doch nicht der Fall sein, wenn die Bedingungen so schlecht wären. Herr Stumm hat eine interessante Aeußerung gemacht: sein Arbeiter-Ausschuss hat die Einführung von Lohnzahlungsbüchern für jugendliche Arbeiter einstimmig abgelehnt und zwar, weil auch die erwachsenen Arbeiter darin nur ein Mißtrauensvotum gegen jugendliche Arbeiter erteilten. Das sollte für Sie doch wohlgebend sein. Wenn in einem Betrieb, wie dem des Herrn Stumm, von dem es heißt, daß die Arbeiter nicht große Selbständigkeit gegenüber dem Unternehmer besitzen (Widerspruch des Herrn v. Stumm), ein solcher Beschluß gefaßt wird, so ist das der schlagendste Grund gegen die hier empfohlenen Bestimmungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daneben hat Herr v. Stumm noch behauptet, im sozialdemokratischen Programm stünde, wir wollten die Ehe abschaffen und die Freiheit der Liebe einführen. Ich wäre ihm sehr dankbar, wenn er mir auch ein sozialdemokratisches Programm oder ein ähnliches offizielles Altkenschild unserer Partei vorlegen würde, in dem solches Jenseit steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wohl finden sich ähnliche Gedanken in der sozialistischen Literatur, vor allem in meinem bekannten Buch: „Die Frau“. Dies Buch aber enthält, wie ich bei verschiedenen Gelegenheiten hervorgehoben habe, nur meine rein privaten Ansichten (Abg. Hise: Das ist noch ein Trost!) und meine Ansichten über die Ehe beziehen sich auf eine Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen weder ich noch ein anderer sagen kann, wann sie eintreten. Gewiss ist mein Buch eines der weitverbreitetsten Bücher der Parteiliteratur, auch hier im Reichstag wird es wohl viel gelesen — ich wollte es mir aus der Bibliothek holen lassen, konnte es aber nicht erhalten (Große Heiterkeit), käuflich werde ich mir ein Handexemplar immer mitbringen. (Erneute Heiterkeit.) Was läßt nun Herr Hise uns behaupten und glauben? Nach unserer Meinung soll die Ehe nur ein Privatvertrag sein. Diese Behauptung werden Sie nirgends beweisen können. Wenn unsere Stellung zur gegenwärtigen bürgerlichen Ehe bei irgend einer Gelegenheit hätte erörtert werden können, so beim bürgerlichen Gesetzbuch. Aus unseren damaligen Reden und Äußerungen wird er aber keine Bestätigung dieser seiner Auffassung unserer Ansicht finden. Wir stehen nur auf dem Standpunkt, daß die Ehe in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft ein bürgerlicher Vertrag sein soll und kein religiöser Vertrag. Das war auch der Standpunkt Kautskys, das ist der Standpunkt unserer ganzen Gesetzgebung. Auch sie betrachtet die Ehe nicht als kirchlichen Akt, sondern macht ihre Rechtsgültigkeit vom bürgerlichen Vertrag abhängig. Sie zum Centrum) mügen aus religiösen Gründen anderer Ansicht sein, nach dem bürgerlichen Gesetz ist die Ehe aber nur ein bürgerlicher Vertrag und kann auch nur auf Grund des bürgerlichen Gesetzes geschlossen werden.

Ebenso falsch ist Herrn Hises Behauptung, daß wir die Verpflichtung der Väter leugneten, für Mutter und Kinder zu sorgen. Das steht im vollen Widerspruch zu den Anträgen, die wir beim bürgerlichen Gesetzbuch gestellt haben, um die Alimentationspflicht der Väter unehelicher Kinder zu erweitern. Keine Partei ist in dieser Beziehung in der Fürsorge für Mutter und Kind so weit gegangen, wie wir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben uns bei diesen Anträgen im Stich gelassen. Es widersteht also direkt der Wahrheit, wenn Herr Hise uns solche Anschuldigungen unterstellt. Herr Hise hat dann weiter behauptet, im sozialistischen Staat würde die Mutter befristet sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich schreibe diese Behauptung auf seinen Mangel an Sachkenntnis. (Stürmische Heiterkeit.) Ich frage Sie nur, wie soll dem das gemacht werden? (Erneute Heiterkeit.) Wir sagen folgendes: Wenn die vollständige Umgestaltung aller sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie wir sie erstreben, erreicht sein wird, dann wird in unvorstellbarer Weise als heute die Erziehungspflicht der Gesamtheit gegen die Kinder in den Vordergrund treten. Thöricht ist es, zu behaupten, daß Vater und Mutter dann nichts hineinbringen hätten. Ich sage Ihnen, so schlimm wie in Ihrem Gegenwartsstaat wird es dann in dem Zukunftsstaat nicht werden. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere Sie an die Kadettenanstalten, wo die Eltern zur Erziehung der Kinder „mit tan legen“ haben, ich erinnere Sie an die Erziehung der Kinder in den Altkern, Pensionaten und Altkernern: Da können sich die Eltern gar nicht um ihre Kinder kümmern. Unser Staat aber wird der demokratischste sein, der je existiert hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Staate werden Männer und Frauen gleiche Rechte genießen, Wahlrecht und Erziehungsrecht. Unsere Anschuldigungen sind in der That von denen des Herrn Hise grundverschieden, aber dafür auch viel verneinlicher. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident v. Frege: Ich habe bisher der Diskussion den weitgehendsten Spielraum gegönnt (Heiterkeit). Nun möchte ich aber doch bitten, nur noch zur Sache zu sprechen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Febr. v. Hehl (natl.):

Politische Motive spielen bei uns nicht mit. (Abg. Bebel: Sie haben es ja vorher selbst gesagt!) Der ganze Paragraph geht ja den Arbeiter und den Arbeitgeber nichts, sondern nur den Vater etwas an. Ob der Vater dem Sohn verbietet, sozialdemokratische Beiträge zu leisten oder nationalliberale Zeitungen zu halten, ist mir ganz gleichgültig dabei. Wenn mir also deshalb Herr Bebel die Handlung der Gefummung vorwirft, so trifft ihn das nur, nicht mich. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Was nun die Abschaffung der Ehe anlangt, so verweise ich nach der Ablehnung durch den Abgeordneten Bebel auf das Kommunistische Manifest, von Marx, das noch heute als die Hauptgrundlage der sozialdemokratischen Partei gilt und welches ganz klipp und klar die Abschaffung der Ehe ausdrückt. Herr Bebel hat heute wieder einmal Zukunftsbilder ausgemalt. Ich möchte ihm in Erinnerung bringen, daß ihn sein Parteigenosse Auer in Hannover als einen der schlechtesten Propheten bezeichnet hat, weil der von ihm prophezeite Kladderadatsch sich nicht eingestellt hat. (Heiterkeit.) Die Verhandlungen in Hannover haben aber auch den Beweis erbracht, daß man in der Sozialdemokratie selbst nicht mehr an den Kladderadatsch glaubt. (Beifall bei den Nationalliberalen, im Centrum und rechts.)

Abg. Febr. v. Stumm (Rp.):

Herr Bebel hat auf das sozialdemokratische Programm hingewiesen. Ja, was ist denn das Programm. Nach der Richtung manieren Sie sich ja fortwährend, so daß das Programm alle Tage anders ist. Wenn Herr Bebel mir erwidert hat, solch ein Zeugnis steht nicht in der offiziellen sozialistischen Literatur, sondern nur in seinem Buche „Die Frau“, so bin ich mit dieser Kritik des Buches mit dem Verfasser einer Meinung. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Oriola (natl.):

Ich muß Herrn von Stumm recht geben, daß man doch das, was Herr Bebel in seinem Buche geschrieben hat, nicht als Privatmeinung auffassen kann. (Abg. Singer: die Meinung des Herrn Vassermann zur Zukunftsvorlage war ja auch nur seine Privatmeinung. Große Heiterkeit.) Es wäre doch unheimlich wert, wenn nun endlich einmal ein klares Programm von der Sozialdemokratie aufgestellt würde, damit man wisse, was die Sozialdemokratie nun wirklich über die Ehe denkt und was sie darüber denkt und wie sie sich den Zukunftsstaat denkt und wie sie ihn sich nicht denkt. (Bravo in der Mitte und rechts.) Der Wunsch nach einem solchen Programm ist zu berechtigt. (Abg. Singer überreicht dem Redner ein Parteiprogramm.) (Große Heiterkeit.) denn wußte man die Herren auf Stellen in ihrer Literatur fest, so erklären sie dieselben für Privatansichten. Für Abschaffung der Ehe hat auch die „Säch. Arbeiterzeitung“ plädiert. Redner verliest offenbar aus einem „Sozialdemokratenpiegel“ eine Stelle dieser Zeitung, in der von dem zukünftigen freien Verkehr der beiden Geschlechter die Rede ist. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soz.):

Wenn wir uns nicht auf genaue Schilderung des Zukunftsstaates einlassen, geschieht das, weil wir im Gegenwartsstaate noch soviel Wünsche haben, daß unsere Zeit mehr als genug damit in Anspruch genommen wird. Ich rote dem Grafen v. Oriola deshalb, sich über den Zukunftsstaat nicht den Kopf zu zerbrechen, sondern lieber mehr auf die von uns schon beantragten Reformen einzugehen. Das wird uns vielleicht einander näher bringen. Fern: Wüßte nach einem sozialdemokratischen Programm ist viel beachtender und vom Kollegen Singer, wie ich sehe, ja auch schon erfüllt worden. (Heiterkeit.) Wenn sich Herr Graf Oriola wundert, daß bei meiner Stellung in der Partei es Genossen ablehnen, das was ich in meinem Buche „Die Frau“ gesagt habe, zu unterzeichnen, so antworte ich ihm: Päpste giebt es in der Sozialdemokratie nicht und die Genossen sind in ihrem Recht. (Große Heiterkeit.) Wenn Herr Graf Oriola nach meiner Rede dabei bleibt, daß die Sozialdemokratie die Ehe abschaffen will, so beweist mir das nur, daß er nicht im stande war, das zu verstehen, was ich gesagt habe. Diese Unfähigkeit, mich zu verstehen, enthebt mich aber aller weiterer Beweisführungen. (Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Ein Antrag Stumm statt „Lohnbuch“ zu sagen „Lohnzahlungsbuch“ wird angenommen. Auch der Antrag Stumm auf Erziehung der Worte „Verrechnung des verdienten Lohnes“ durch „Betrag des verdienten Lohnes“ wird angenommen, ebenso die damit geänderte Ziffer I des Artikels 6d. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Art. 6d verbietet in Ziffer II die Auszahlung am Sonnabend oder Sonntag. Der Artikel fügt in § 134b, der die Bestimmungen festsetzt, die in der Arbeitsordnung enthalten sein müssen, zu Ziffer 2, welche lautet: „über Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung“ hinzu: „mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonnabend oder Sonntag stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.“

Abg. Febr. v. Stumm (Rp.) beantragt, die Worte „Sonnabend oder“ sowie den letzten Satz zu streichen.

Die Abg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, daß diese Bestimmungen nicht nur für die Fabrikbetriebe gelten sollen, sondern für alle Gewerbebetriebe, und zwar soll diese Bestimmung dem § 115 Abs. 1 als Zusatz hinzugefügt werden, welcher den Gewerbebetriebern die Art der Lohnzahlung vorschreibt.

Abg. Febr. v. Stumm (Rp.):

bestätigt seinen Antrag. Die Lohnzahlung am Sonnabend sei immer noch besser als die am Montag. Aber die Zahlung am Montag würden bei Annahme des Antrages der Kommission die Fabrikanten einführen. Das aber würde nicht nur Unzufriedenheit bei dem Arbeiter, sondern besonders bei den Arbeiterfrauen erwecken. Ganz unglücklich sei die Bestimmung, die Entscheidung, über Ausnahmen den unteren Verwaltungsbehörden zu überlassen.

Abg. Bebel (Soz.):

Unser Antrag will, daß allgemein die Lohnzahlung am Sonnabend und Sonntag verboten ist. Derselben Gründe, die für die Fabrikbetriebe das Verbot rechtfertigen, rechtfertigen es auch bei den übrigen Gewerbebetrieben. Die Absicht des Antrages ist die: Wir wollen die Arbeiterfrau in den Stand setzen, daß sie Freitagabend oder spätestens Sonnabend früh in den Besitz des Lohnes kommt und ihre Einkäufe noch am Sonnabend bewerkstelligen kann, was ihr am Sonntag nicht mehr möglich ist. Es ist ja nun möglich, daß die Unternehmer die Lohnzahlung bis zum Montag hinausschieben werden. Das wäre gewiss nicht erwünscht, aber wird immer nur Ausnahme bleiben. In vielen Gewerben ist jetzt schon die Lohnzahlung am Freitag üblich, so im Buchdruckergewerbe. Auszahlung am Montag halte ich für großen Unfug; die Fabrikanten werden sagen, daß sie damit dem Verwahrlosten des Geldes am Wochenschluß einen Riegel vorziehen. Aber der Arbeiter hat seinen größeren Gang zum Reichthum, wie andere Stände. Die Offiziere bekommen ihr Gehalt pränumerando ausgezahlt. Ich frage Sie, wie viel davon wird bei ihnen noch im letzten Drittel des Monats da sein. Die Herren von der Rechten und dem Centrum wollen das Handwerk schonen. Wir meinen aber, daß dort Gesetzesbestimmungen mindestens ebenso am Plage sind, wie im Fabrikbetriebe. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an.

Abg. Wattendorf (L.):

tritt für die Kommissionsfassung ein. Der Antrag Bebel geht zu weit.

Abg. Köstke (wildliberal):

Ich finde den Vorschlag der Kommission sehr schablonenhaft und wundere mich über die Zustimmung der Sozialdemokratie. Wir haben gehört, daß jetzt schon vielfach die Lohnzahlung am Freitag erfolgt. Entspricht das den allgemeinen Wünschen, so wird sich die Bitte noch weiter einbürgern. Der Antrag erfüllt gar nicht den Zweck, den Freitag als Lohntag festzusetzen. Der Arbeitgeber hat nach ihm die Wahl zwischen Montag bis Freitag. Der Antrag kann die bedenkliche Folge haben, daß sich die Lohnzahlung um zwei Tage hinaus schiebt. Man soll in die Gewohnheiten der Menschen nicht überflüssigerweise gesetzgeberisch eingreifen. Herr Wattendorf will die Arbeiter davor bewahren, daß sie nicht einen großen Teil ihres Lohnes am Sonnabend vergeuden. Ja wer bürgt denn dafür, daß das nicht schon am Freitag geschieht. Ich halte denartige moralische Verbesserungen durch gesetzliche Bestimmungen für durchaus verfehlt. Am meisten wundere mich, daß die sozialdemokratische Partei die verheirateten Arbeiter bevorzugen will und gar noch beantragt, daß die unteren Polizeibehörden Ausnahmen machen dürfen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich möchte mich bei ungewissen Bestimmungen nicht in zweiter Lesung festlegen. Doch gebe ich zu, daß praktische und humanitäre Gründe den Kommissionsvorschlag hervorgerufen haben. Andererseits sind nur die Einwände des Herrn v. Stumm durchschlagend erschienen. Viele Arbeiter lehnen erst am Sonnabend nach Hause zurück. Da aber Geld in allen Taschen die Eigenschaft hat, rund zu sein und zu rollen, so fürchte ich, daß solche Arbeiter, wenn sie vor Sonnabend Geld erhalten, einen Teil bis Sonnabend unproduktiv anlegen. Besser ist es, auf dem Verwaltungswege die großen Unternehmer aufzufordern, bei der Wahl des Lohntages auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Bei der Zweifelhaftheit der Materie empfehle ich den Antrag Stumm, für sehr bedenklich halte ich jedes Gesetz, das höheren oder unteren Verwaltungsbehörden Ausnahmen zu machen gestattet. Damit erfüllt die Verwaltung gesetzgeberische Funktionen.

Abg. Müller (natl.):

schließt sich den Ausführungen der Abg. v. Stumm und Köstke an. (Seine weiteren Ausführungen blieben auf der Tribüne unverständlich.)

Abg. Dr. Hise (L.):

Wenn wir den Reimhr-Lohnschluß einführen, müssen wir die Konfekte von dem Antrage am Sonnabend, der mit der Lohnzahlung zusammenhängt, entlasten. Von diesem Standpunkt aus sind wir zu dem Kommissionsbeschlusse gekommen. Sonnabend ist der Hauptmarkttag; da sollte die Arbeiterfrau das Geld zu den Einkäufen haben. Der Entwurf, der sich auf die auswärtigen wohnenden Arbeiter bezieht, ist richtig. Für sie kann ja eine Ausnahme gemacht werden. Nur die regelmäßige Lohnzahlung soll nicht am Sonnabend oder Sonntag erfolgen. Doch bin ich gern bereit, eine besondere Bestimmung einzufügen, wonach die Lohnzahlung am Sonnabend an Arbeiter, die nicht am Beschäftigungs-orte wohnen, zulässig ist.

Abg. Bebel (Soz.):

Unser Standpunkt ist durchaus gerechtfertigt, wenn auch Herr Köstke ihn nicht begreifen will. Unser Lohnzahlungs-Antrag steht in direktem Zusammenhang mit unserm Antrage, am Sonnabend um vier Uhr Schicht zu machen, damit der Sonnabend-Nachmittag zu Einkäufen frei ist. Herr Köstke täuscht sich, wenn er bestreitet, daß

in Arbeiterkreisen nicht der Wunsch auf Beseitigung der Lohnzahlung am Sonnabend besteht. Eine Reihe Organisationen, Gewerkschaften haben sich dafür ausgesprochen. (Abg. Köfide: Es ist doch nicht ein allgemeiner Wunsch.) Was heißt denn: allgemein. Herr Köfide hat doch sonst auch immer hier die Aufkündigung vertreten, daß die organisierten Arbeiter die Intelligenz der Arbeiterklasse repräsentieren, und daß sie in erster Linie maßgebend sein müssen, weil sie wissen, was not thut. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir wissen, welche Nebelstunde der jetzige Lohnzahlungstag mit sich bringt. Immer wird als Grund gegen den Vorschlag die Berechnung der Accordarbeit angeführt. Sie thun so, als wenn jede Accordarbeit jetzt immer Sonnabends zu Ende ginge. Jetzt ist es meistens so, daß am Sonnabend die Accordarbeit bezahlt wird, die am Donnerstag beendet ist. In den Eisenbahnwerkstätten ist es sogar vorgeschrieben, daß vier Tage zwischen der Beendigung der Accordarbeit und ihrer Bezahlung liegen müssen. Muß der Lohn am Freitag gezahlt werden, so verschieben sich alle diese Termine um einen Tag. Herr Köfide verlangt heute, daß das Gesetz nicht in die Gewohnheiten der Menschen eingreife. Ich habe mich bisher immer gefreut, wenn er

Reformvorschläge gegen schädliche Gewohnheiten machte. Daran halten wir heute fest. Weiter wird befürchtet, daß die auswärtswohnenden Arbeiter ihren Lohn nicht einen Tag in der Tasche behalten können. Erstens ist die Zahl dieser Arbeiter doch nicht so groß. Und dann bestreite ich entschieden, daß sie den Lohn nicht 24 Stunden in der Tasche behalten können. Sie unterschätzen die Arbeiter denn doch bedeutend. Zudem haben die Arbeiter doch die Möglichkeit, wenn die Lohnzahlung selbst am Montag oder Dienstag erfolgt, den Lohn durch die Post nach Hause zu schicken. Das die italienischen Arbeiter im Auslande regelmäßig thun, können wir den deutschen Arbeitern auch zutrauen. Herr v. Bobbelski sollte dann freilich die Summe, die für 10 Pfennig befördert wird, von 5 auf 20 Mark erhöhen. Unbequem mag eine solche Bestimmung wohl für die kleinen Handwerker sein, die mit Zahlungschwierigkeiten an Lohntagen kämpfen, aber um so notwendiger ist sie für die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Nv.):
Ich könnte mir gar kein besseres Agitationsmittel gegen die beiden Parteien, mit denen ich in meinem Wahlkreise zu kämpfen

habe, gegen Centrum und Socialdemokratie, denken, als wenn der Kommissionsantrag mit Ihrer Hilfe angenommen würde. Ein doppelter Lohnstag für Arbeiter, der am Beschäftigungsorte und die nicht am Beschäftigungsorte wohnen, ist in großen Betrieben gar nicht durchführbar. Ich halte diese hier von der Kommission eingefügte Bestimmung für so bedeutend, daß ich, falls mein Amendement nicht angenommen wird, gezwungen sein würde, gegen die ganze Novelle zu stimmen. Natürlich gebe ich diese Erklärung nur für meine Person ab.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der socialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen wird gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Freisinniger abgelehnt, ebenso der Antrag des Abg. Frhr. v. Stumm gegen die Stimmen der Socialdemokraten, einiger Freisinniger, einiger Nationalliberaler und des Centrums.

Die Kommissionsfassung bleibt also unverändert und wird angenommen.

Ohne Debatte wird noch Artikel 7 angenommen. Die weitere Debatte wird hierauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt.
Schluß 6 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 28. November.

Opernhaus. Die Fiedermaß. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Doktor Mand. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Meister v. Valmpra. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leistung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.

Verliner. Der Tartuff. Advokat Patelin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Der Richter von Zalama. Anfang 8 Uhr.

Reues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Weiten. Linda von Chamounix. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Playmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichens. Joadfreunden. Vorher: Familien - Souper. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Beck. Johanna von Castilien. Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.

Victoria. La Koulotte. Anfang 8 Uhr.

Belle. Alliance. Gastspiel des Schiller'schen Theaters. Die vier Schwestern. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten: Vorstellung. Rund um Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten: Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Palast. Erlösung im Bade. Spezialitäten: Vorstellung. Anf. 8 Uhr.

Passage. Panoptikum. Spezialitäten: Vorstellung.

Urania. Anwaldenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Laudenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Meines über die Ratten. Anfang 8 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr: Transvaal.

Vorher: Der dunkle Erdteil.

Hörsaal: Dr. Nass: „Die Edelmetalle“.

Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Neu! Anatomisch. Museum. Dienstags für Damen.

Passage-Theater.

Vorstellung v. 7-10 1/2 Uhr. 15 erstklass. Deb.

CASTANS PANOPTICUM

Präsident von Transvaal „Ohm“ Krüger und General Joubert mit kriegsgerüsteten Boeren.

Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz. Telefon Amt I 2128.

Sechste Woche: Das große November-Specialitäten-Programm Rund um Berlin.

Freitag, den 1. Dezember: Liane de Vriés. Sigmund Steiner. und 10 brillante Debats.

Apollo-Theater.

Um 1/8 Uhr abends: Frau Luna

m. Origoletti u. Cécille Carola Ferner: Robert Steidl. The Gothams. Franklins. Barra-Troupe. Eva Haller. Dressierte Fuchse v. E. Bonetty vorgeführt. Mlle. Rosalba. Nora Gatti. Der Kosmograph.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69, und beim „Invalidentank“, Unter den Linden 24 I.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.

Den größten Sacherfolg hat zum 62. Male die unverwundliche Gesangsposse Susanne im Bade.

Donnerstag: Abschieds-Vorstellung des Reichthums-Hochturner-Trios der Vaslleser.

Freitag: Neues Programm.

Cirkus Busch.

Dienstag, 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr: Grosser Sports-Gala-Abend.

Die Camorra! Son der gesauten Presse als d. größte u. imposant. Scandalos-Schandstück anerkannt. Einbruch einer italienischen Diligence auf der Straße. Kampf der Camorristen mit der Carabinieri. Diane Grotte mit d. furchtbarsten Schluß-Hypothese. Elektrisch durchdrungenes Wasser! Das Wunder-Springfeld. Sprung über einen 8 Fuß hohen Nischen-Geländes. Ein. Martha Moynse. D. Mittelturniere d. Mittelalt. ger. mit 26 Schuttpferden. Morgen, 7 1/2 Uhr: Gr. Soiree Guevres.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabenden: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Heute: Die letzte Fahrt. Morgen: Die letzte Fahrt.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Zum Schluß, neu: „Tenoristen-Vogel“.

Ensemble v. Kapell. Anf. präc. 8 Uhr.

Maehrs Theater

Oranienstr. 21. Unser Helgoland.

Niederpiel in 1 Akt von O. Wagner. Musik von Rich. Thiele.

Mr. Canon, der phänomen. Kraftturner. Elsa Messer, die famose Courette, und andere Specialitäten.

W. Noacks Theater,

Binnenstraße 16. Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

Circus ALB. SCHUMANN

Grösster equestrischer Circus der Welt.

CIRCUS RENZ

Heute, Dienstag, den 28. November, abends präc. 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung.

Ganz exquisites Programm. Zum Schluß zum 10. Male: Kläubenlich karamischer Weiss. Der erste Schlager der Saison: Der schwarze und der weiße Ritter.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.

Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Biogler, Wolf, Hohenberg etc. Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug 20 Mark, halbfarbene Juchten, zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz. Winterpaletts 18 Mark. Echt Sammetfragen, warmes weiches Futter. 500 Knäugere, 200 Paletts, 500 Hosenreste, nur reine Wolle. Gelegenheitskäufe wovon billig. Ludwig Engel, Münzstr. 26 und Brunnenstr. 66. 28/10

Grünau. Sonntag, den 3. Dezember: Grünau. Leichtes diesjähriges Wurst-Essen, G. Lindenhayn. (31349)

Kakao-Frühstück Gemüsee- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

empfehlen den verehrlichen Hausfrauen bestens Hermann Lindke, N. Pankstrasse 13.

Reform-Auszieh-Tische

die beliebtesten Tische der Neuzeit. Diese Tische fabriziert als alleinige Specialität die Tischfabrik mit elektrischem Betriebe von **W. Mrozinski,** Berlin O., Krautstrasse 14, Telefon: Amt 7, No. 1697, und giebt direkt an Privats ab zum Fabrikpreise von Mark 36.—.

31382*

Heute: Freie Blutwurst

solche Thüringer u. Weidenwurst, allen Freunden und Bekannten zur Nachsicht. Maler, Besselerstr. 22. (11126)

Fritz Linke, Zimmerstr. 33.

Gr. Fechtboden, Mittags u. Abendlich. Französisches Billard. Jeden Dienstag: Freie Blut, Weiden und Weidenwurst. 2561L*

H. Grupes Tanz-Institut,

Annenstr. 10 (früher Rathhaus). Sonntag-Abend per Monat 3 Mark. Dienstagabend per Monat 4 Mark. Jede und Vereinszimmer für Versammlungen u. Festlichkeiten. (29723)

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletts nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark feine Hosen nach Maß. 31004*

Riefen-Stofflager.

Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Blumenhandlung

und Kranzbinderei von **Otto Knabe**

19a Admiral-Strasse 10a empfiehlt Bildungsgegenstände, Straußen, Kottillons, Topfgewächse aller Art.

Möbel-Stoffe!

auch Reste! alle Qualitäten auf-fallend billig. Gelegenheitskauf! Moquet-Plüsch, 120 Urm. breit, p. Mtr. 5 Mark 35 Pf. Muster b. näherer Angabe franco. Berlin S. Emil Lefèvre, Drauzenstr. 158.

Natur-Heilverfahren.

Gaut-Gorn-u. Nervenleiden. Frauen-Krankheit. heilt sicher ohne Berücksichtigung. 30039*

R. Wagner, 9-25-9, St. 9-2

Künstliche Zähne, 3 Mark an, vorzüglich, sehr schmerzlos ein. Plombieren, schmerzlos Zahnziehen, Zahnfleisch. Def. Rep. Hof. Goldstein, Oranienstr. 123.

Natur-Heilverfahren.

Ich heile ohne Berücksichtigung alle Nerven- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung. 30452*

Fr. C. Henke, Rathenowstr. 49, I. Ecke Perlebergstrasse. Sprechstunden 9-2, 5-9, Sonntags 9-2. Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Grosser Vortrag

Königsstadt. Kasino, Holzmarktstr. 72, über: **Lungen- und Magenleiden** vom prof. Naturheilkundigen Grundmann. Frauen und Männer willkommen. Entree 20 Pf.

Unser Kurbad und Geschäftshaus ist jetzt **Köpnickerstr. 72 (Nähe Brückenstr.)**

Sprechst. v. 11-2, 6-8, Sonntags 11-12. Vom 1. 1. 1900 eingetr. Verein.

Bekanntmachung!

In Nr. 274 des „Borndorfs“ unter „Gewerkschaftliches“ erklärt der Verbandsmann der Gastwirtsgehilfen: Herr Stechert, Andreas-Ferkale, Andreasstr. 21, hat es vorgezogen, seine Arbeiter durch einen Unternehmer-Rachweid zu bestehen; insolge dessen lehnen wir es bis auf weiteres ab, ihm bei späteren Anlässen organisierte Arbeitkräfte für sein Geschäft durch unserm Rachweid zu überweisen.

Ich habe hierauf zu erwidern: Ich habe meine Kellner seit von dem Arbeitsnachweis des Verbandes (Judenstraße 36) bezogen. Der einiger Zeit verlangte indes ein bürgerlicher Wirtverein zu seiner Zufriedenheit, daß ich Kellner aus seiner eigenen Kontrolle engagiere. Meine festen Kellner (aus der Judenstraße 36) sollten auch bei dieser Beschäftigung mitarbeiten, erklären aber: „daß der Vorstand ihnen verbiete, mit Kellnern aus anderen Nachweisen zusammen zu arbeiten.“ und legten die Arbeit bei mir wieder!

Bei anderen Gelegenheiten, wo ich dringen um Regelung von Unregelmäßigkeiten einzelner seiner Mitglieder mir und meinen Gästen gegenüber den Vorstand ersuchte, erschien dieser trotz meines dringenden Ersehens nicht bei mir.

NB. Auf die weitere Veröffentlichung der Gastwirtsgehilfen in der vorgeschriebenen Sonntag-Zeitung des „Borndorfs“ habe ich zu erwidern, daß die Unterzeichnung des betr. Schriftstückes meinerseits erfolgte, ohne die Sache gründlich zu erwägen. Heute, nach ruhiger Überlegung, widerrufe ich diese meine Aufgabe mit der Bemerkung, daß ich einem von Seiten der Partei oder der Gewerkschaftskommission zumangewiesenen Schiedsgericht gern mein Verhalten rechtfertigen will.

Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften stelle ich meine Güte nach wie vor zu Versammlungen und Festlichkeiten zur Verfügung und bin gern bereit, über obige Angelegenheit jedem der sich dafür Interessierenden genauen Aufschluß zu geben.

Hochachtungsvoll **Carl Stechert, Andreas-Ferkale, Andreasstr. 21.**

Bahnärztliche Poliklinik für **Hubemittelste.**

Sprechstunde von 8 1/2-9 1/2, und 12 1/2-1 1/2 Uhr. Chiellin, Elisenstraße 24. 30342*

Arbeiter-Berufskleidung

für jedes Gewerke passend. 36025*

Größtes Lager. Beste Qualitäten. **Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!** jede Gefährte im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfindlich.

F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Sächsische Strumpf-Fabrik

Niederlage. Verkaufsstelle Rixdorf: **Georg Jonas, Bergstr. 49.** Auf Wunsch Preisliste.

Tokales.

Achtung, erster Wahlkreis! Die Parteigenossen werden auf die heutige Generalversammlung des Wahlkreises, welche bei Miegel, Straßauerstr. 57, stattfindet, aufmerksam gemacht. Näheres siehe Inserat.

Der Wahlverein des dritten Kreises hält heute abend 8 Uhr im Apollo-Saal, Sebastianstr. 30, eine Versammlung ab. Rechtsanwält Viktor Franke spricht über „das neue Recht und die befugigten Volkstheorien“. Wegen des jedenfalls sehr zeitgemäßen Themas ist reger Besuch aller Mitglieder sehr zu wünschen. Das Protokoll des letzten Parteitages kam bei dem Kassierer unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Achtung 5. Wahlkreis. Wir machen darauf aufmerksam, daß am Sonntag eine Sonderdarstellung in der Urania stattfindet und verweisen auf die Annonce des heutigen „Vorwärts“. Denjenigen, welche Willens zum Vertrieb übernommen haben, geben wir bekannt, daß über die Karten am Freitagabend, den 1. Dezember, bei W. Knösch, Hirtenstr. 10, abgerechnet werden muß. Willens, welche bis zu diesem Zeitpunkt nicht zurück gegeben sind, werden als verkauft betrachtet und müssen bezahlt werden.

Die Adresse des Vertrauensmannes der Arbeiter-Radfahrer von Berlin und der Umgegend ist Louis Frieze, Weußelstraße 14. part. Briefe und Sendungen wolle man nur an diese Adresse richten; auch werden die Vertrauensmänner der Partei, die Vorstände der Wahlvereine z. Gebeten, von dieser Mitteilung Notiz zu nehmen.

Wer zerstört systematisch die Religion im Herzen des Landvolkes? Wenn unsere Parteigenossen bei ihrer Agitation auf dem Lande wieder einmal den so sehr beliebten Vorwurf hören sollten, daß sie die Religion ausrotten wollen, dann mögen sie dem Gegner an folgendem Beispiel zeigen, daß keine Macht systematischer und erfolgreicher an dieser Aufgabe arbeitet, als das Junkertum.

Die „Wälder aus der Arbeit der freien kirchlich-socialen Konferenz“ bringen ein Beispiel über die Verwahrlosung des Volks auf dem Lande durch die Vernachlässigung aller freundschaftlichen Beziehungen:

„Die „Philadelphio, Organ für evangelische Gemeinschaftspflege und Evangelisation“, schreibt in einem Rundbrief für einen früh verstorbenen Pastor in einem brandenburgischen Gutbezirk, der ein Mitglied unserer Konferenz war: „Obgleich das Begräbnis mit Rücksicht auf 5 Uhr nachmittags angelegt war, hatte niemand von den Gutsarbeitern, die das Gros der Gemeinde ausmachen, frei bekommen. Der Verkehr war in voller Thätigkeit, obwohl die Arbeit nicht gerade drängte und der Herr Kirchenpatron — etwa 18 Jahreer Milionär — nicht gerade zu den notleidenden Landwirten zählt. Die Straße, auf der wir den Sarg begleiteten, war nicht etwa mit Blumen, sondern mit Mist besäet, daß man oft Mühe hatte, für den Fuß ein sauberes Plätzchen zu finden. Als der Entschlafene vor sieben Jahren sein Pframt antrat, da schlug sein Herz der Gemeinde entgegen: „... und man kann sagen: er hat seine Gemeinde geliebt wie sich selbst. Und doch, die Frucht seiner Arbeit war gering. Es würde zu weit führen, wenn ich das Tagelöhnerelend, wie es an vielen Orten im Osten unseres Vaterlandes herrscht, schildern würde. So Mann und Weib von Montag bis Sonnabend für die Herrschaft arbeiten, da ist der Sonntag natürlich erst recht ein Arbeitstag in ihrer eigenen Wirtschaft. In vielen Fällen geht die Abgumpfung dann in Gottesverachtung über. Leicht hat es ein Pastor in solch einer Tagelöhnergemeinde wahrlich nicht, zumal wenn in dem Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern nicht ein Hauch von Liebe zu spüren ist. Es wird wenig Missionare in Afrika geben, die es schwerer haben in ihrer Arbeit, als ein Pastor in solch einem Tagelöhnerdorf.“

Auch hier befaßt sich die alte Wahrheit, daß gerade die Leute, die am nächsten an der Erhaltung der alten Ordnung interessiert sind, am meisten zur Zerstörung der Grundlagen dieser Ordnung beitragen.

Der Ausschuss des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise hielt am Sonnabend in Berlin eine Sitzung ab, zu welcher erschienen waren die Herren Reichardt, Metzger, Pöhlmann, Gemeinhardt, Stockmayer, Stüttgen, Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Wöhmer, Dresden, Geheimrat Ober-Präsident Justiz-Rathsch. Stadtrat Dr. Reich, Frankfurt a. M., Rat Dr. Kammann, Hamburg und Dr. Freund, Berlin. Ferner wohnte der Sitzung bei der Herausgeber des Verbandsorgans Dr. Jostrow. Der Vorsitzende des Verbandes Dr. Freund, Berlin, erläuterte den Geschäftsbericht, aus dem hervorzugehen ist, daß dem Verbands zur Zeit nahezu 100 zum Teil allgemeine kommunale oder Vereins-Arbeitsnachweise angehören. Der Verband umfaßt somit zur Zeit das ganze deutsche Arbeitsnachweisse. Der Ausschuss beschloß, Mitte September 1900 eine Verbandssammlung abzuhalten, für welche die Dauer von drei Verhandlungstagen vorgesehen ist, von denen die beiden ersten Tage auf die engere Verbandssammlung entfallen und der dritte Tag einer allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise-Konferenz gewidmet sein soll. Als einziger Verhandlungsgegenstand für diese Konferenz wurde bestimmt: Die Organisierung der Fach-Arbeitsnachweise und ihr Anschluß an die allgemeine Arbeitsnachweise. Auf der engeren Verbandssammlung werden folgende Gegenstände zur Verhandlung gelangen: 1. Die Errichtung von Arbeitsnachweisen in kleineren Orten. 2. Arbeitsnachweise für männliche Personen und Dienstboten. 3. Die Erhebung von Gebühren seitens der Arbeitsnachweise. 4. Berichterstattung über den Fortschritt in der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung. 5. Fürsorge für die Beamten des Arbeitsnachweises. Zu der engeren Verbandssammlung werden alle Interessenten als Zuhörer zugelassen werden. Der Ort der Verbandssammlung wird bei der Berichterstattung werden nach Abschluß der einzuleitenden Verhandlungen bestimmt werden.

Der Schriftsteller Maximilian Harden, Herausgeber der Wochenchrift „Die Zukunft“, hat am Sonnabend die Festung Belcastelle verlassen und ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Harden war beinahe wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten und wegen Verleumdung des geisteskranken Königs Otto von Bayern, zu weiteren 14 Tagen Festungshaft verurteilt worden.

Der „Wahlkampf“ um das Direktorium der akademischen Lesehalle ist heute mit einer — polizeilichen Beschlagung — eingeleitet worden. Die national-antidemokratische Partei ließ ein Flugblatt verteilen, das keine Angabe über den Drucker enthält und daher konfiszirt wurde. Die Antidemokraten stellen sieben Kandidaten auf, darunter zwei Mitglieder des Reichs deutscher Studenten, einen Vertreter der V. C. Zünerversität, je einen Vertreter vom Singel und vom nationalen Verbande wissenschaftlicher Vereine, sowie zwei nichtimportierte Herren. Die Antidemokraten werden, wie wir hören, es jedoch ablehnen, lediglich durch die Gnade der Antidemokraten ein paar Sitze im Direktorium zu erhalten; dem die Antidemokraten ist jetzt selbst organisiert und wird eine eigene Kandidatenliste aufstellen. Durch dieses selbständige Eingreifen der Antidemokraten erhält die Wahl diesmal ein neues Gepräge. — Sie wird am 8., 9., 11. und 12. Dezember stattfinden. Wahlberechtigt sind alle immatrikulierten Studenten, die bis zum 30. d. M. durch Lösung einer Semesterkarte Mitglieder der Lesehalle geworden sind. Die Wahlen sind für ein ganzes Jahr gültig. Gegenwärtig hat die Lesehalle etwa 1400 Mitglieder.

„Dressel“ in Kontrast. Der am Freitag über die Weinhandlung von Fritz Wertens, in Firma Rudolf Dressel, unter den

Vinden, und „Zum Hohenzollern“, Anhaltstr. 12, eröffnete Kontrast hat großes Aufsehen erregt. Der Inhaber, der jüngste Sohn eines verstorbenen Berliner Millionärs aus der Lindenstraße, übernahm vor etwa Jahresfrist die Weinhandlung von Dressel für 200 000 M. Die Weinhandlung „Zum Hohenzollern“ hatte Herr Wertens, der sich u. a. auch einen Rennstall hielt, im Jahre 1897 eröffnet. Beide Weinhandlungen wurden in der letzten Zeit wenig besucht, so daß der Zusammenbruch der Firma für Eingeweihte nicht überraschend gekommen ist. Die Passiven sollen rund 1 1/2 Millionen Mark gegenüber 10 Proz. Aktiven betragen. Herr Wertens, dessen Mutter (eine geborene Wittich) noch lebt, ist durch seine Frau und Geschwister mit den angesehensten Berliner Familien verschwägert.

Vom Kampf gegen die ärztliche Jünkelei. Dem Antrage Jadel-Brandenburg wegen Aufnahme von Aerzten in die Berliner medizinische Gesellschaft sind bisher 35 Mitglieder beigetreten.

Einige Verbesserungen der städtischen Krankenhäuser werden demnächst ausgeführt werden. Dem Krankenhaus im Friedrichshain erhält das Badehaus einen Anbau für orthopädische Apparate, der 20 000 M. kosten wird. Beim Krankenhaus am Urban handelt es sich um die Beschaffung der auf 3350 M. veranschlagten Einrichtungen für die Umbauten des Operationshauses und des Diphtherie-Pavillons.

Schlimme Folgen einer Geburtstagsfeier. Der hochbetagte Arbeiter Karl Kästig aus der Sellenstr. 14, der in einer Schmiedewerkstatt in der Schornsteinstr. 6 beschäftigt war, feierte dort am Sonnabend den Geburtstag eines Gefellen. Stark angeheitert drang er abends um 7 Uhr auf dem Grundstück Schornsteinstr. 34a in einen Hinterladen. Der Förstner Lubisch aus dem Nachbarhause setzte ihn vor die Thür. Auf der Straße rumpelte Kästig später den Lubisch an und folgte ihm schimpfend in den Schlächterladen von Stessen in demselben Hause. Lubisch nahm ihn beim Kragen und schüttelte ihn. Dabei fiel der Betrunkene zwei Stufen hinab und schlug mit dem Hinterkopf auf die unterste Stufe auf. Schmiedegezellen legten den am Kopfe Verletzten auf dem Hausflur nieder und holten seine Frau. Diese brachte ihn mit einer Droschke nach der Wohnung, veranlaßte es aber, einen Arzt zu rufen. Bald nach 1 Uhr morgens verlor Kästig die Bestimmung und eine Stunde später war er tot. Die Leiche wurde gestern vormittag beauftragt und zur gerichtärztlichen Desinfektion in das Scharnhauß gebracht. Einige Mitarbeiter des Verstorbenen behaupten, daß Lubisch ihn mit Absicht die Treppe hinuntergeworfen habe. Lubisch selbst bestritt das und mehrere Zeugen bestätigten seine Darstellung, nach der Kästig wider den Willen des Förstners gefallen ist.

Motorwagen-Ausstellung. Unter Vorsitz des Staatssekretärs v. Poddießli fand gestern mittag im Sitzungssaal des Reichspostamts die letzte Sitzung des Komitees der Internationalen Motorwagen-Ausstellung Berlin 1899 statt. Auf der Tagesordnung stand die Feststellung der Schlussrechnung. Die Summe der Einnahmen war 53 810 M., denen 43 702 M. an Ausgaben gegenüberstanden, so daß sich ein Ueberschuß von 12 108 M. ergibt, der für eine zweite ähnliche Ausstellung zur Verfügung gestellt werden soll.

Das Oberverwaltungsgericht soll, wie offiziell geschrieben wird, im Gebäude der Seebahnung in der Jägerstraße untergebracht werden. Der Plan, das Gericht nach Schöneberg zu verlegen, ist beinahe aufgegeben worden.

Am Totensonntag, der von einer um diese Jahreszeit selten trockenen und angenehmen Witterung begünstigt war, herrschte in den nach den Vororten führenden Straßen ein gewaltiger Verkehr und die Straßenbahn-Gesellschaften vermochten nur zum Teil den gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Auf den beiden Linien nach Weihensee wurden gestern bis 6 Uhr abends ca. 5000 Personen befördert. Die Straßenbahnlinie Georgenstraße-Pantow (Siemens u. Halske), welche Einnahmige von der Elbasser- und Invalidenstraße stellte, beförderte bis 8 Uhr abends 11 000 Personen nach und von dem Begräbnisplätze. Die nach dem Gesundbrunnen führenden Linien wurden von insgesamt 20 000 Personen benutzt. Schlimm war der Verkehr in der Richtung nach Zehlendorf. In Abständen von je acht Minuten folgten hier Verbedahnzüge von 3-4 Dreifüßwagen, die jedesmal 270-400 Personen beförderten. Im Laufe des Tages wurde diese Strecke von etwa 18 000 Passagieren benutzt. Noch weit früher war der Verkehr nach Nitzdorf. Die aus den verschiedenen Richtungen dorthin fahrenden Straßenbahnwagen beförderten nahezu 50 000 Personen. Der Eilringverkehr der Stadtbahn war durch Ertzzüge verstopft, da Laufende und Abertausende mittels der Stadtbahn ihrem Ziele nach den Begräbnisplätzen zustrebten. Auf den Kirchhöfen herrschte natürlich, besonders in der vierten Nachmittagsstunde ein gefährliches Gedränge, und ein bedeutendes Polizeie- und Gendarmen-Aufgebot war erforderlich, um die Ordnung an den Eingängen aufrecht zu erhalten. Die Kranghändler machten ein ganz vorzügliches Geschäft und verkanften auch selbst während der Kirchensunden.

Sehr bedauerlich war es, wie uns berichtet wird, daß das Publikum am Sonntagvormittag zu dem Begräbnisplatz der Markengemeinde in Wilhelmshagen plötzlich keinen Einlass finden konnte, weil einem unkontrollierbaren Geruch zufolge der Salzfisch zu den Bahren nicht auffindbar war. Es entstand ein arges Gedränge. Schließlich rissen einige mutige Männer vom Zaun einige Bretter los und hoben so wenigstens zum Teil das Verkehrs- hindernis.

Die Raube der Wäckermeister. Die Abschaffung des unentgeltlichen Zustellens der Badwaren ins Haus haben die Berliner Wäckermeister in Aussicht genommen, um sich für das benötigende Verbot der Aenderarbeit schadlos zu halten. Wieviel hundert Prozent mögten die Wäckermeister aus dieser Kontribution herauswuchern?

In argen Blünderungen für den Totensonntag haben die Moskischen Vorstadtulen zu Treptow herhalten müssen. Diebe haben daraus nicht weniger als 2 1/2 Centner Grün von Weinwurzstiefeln gestohlen, für das sie in Krangbindereien wohl einen guten Absatz gefunden haben werden. Es sind zwei Männer gewesen, von denen der eine Stiefel trug, während der andere auf Strümpfen ging. Die Spießhaken haben wie die Bandalen gehaßt, kleinere Bäume ganz ausgerissen, größere, die schon zu fest eingewurzelt sind, durch Abreißen der Zweige so zugerichtet, daß sie eingehen müssen. Der Verluste erleidet einen Schaden von 600 Mark.

Auf die Ermittlung der Personen, welche die Figuren in der Sieges-Allee verstimmt haben, sind laut Bekanntmachung des Magistrats zur Zeit im ganzen 2150 M. Belohnung ausgesetzt. Der Magistrat selbst schrieb bekanntlich unmittelbar nach Bekanntwerden des Geschehens eine Belohnung von 600 M. auf den Raubweis des Schuldigen aus. Außerdem haben Privatpersonen von besonders patriotischem und kunstliebendem Naturell aus ihrer Tasche Belohnungen ausgesetzt, so daß die oben genannte Summe dem Entbender der Bestimmungen zuzufügen wäre.

Bei einer gründlichen Untersuchung haben sich übrigens verschiedene Schäden gezeigt, die auf die Herstellung in den italienischen Werkstätten zurückzuführen sind. Der Kaiser soll sich über diese „Lotterei“ sehr mißbilligend ausgesprochen haben.

Als die Berliner Bildhauer seiner Zeit für die Herstellung der Werke in Berlin agitierten, wurde diesem Verlangen zum großen Teil nicht stattgegeben, weil in Italien die Arbeitslöhne bedeutend niedriger sind als hier. Die in Betracht kommenden Künstler gedachten mehrfach die Aussicht, daß deutsche Arbeiter nicht im Stande seien, solche Arbeiten sachgemäß zu verrichten.

Wie aus Stuttgart bekannt wird, hat die direkte Fernsprechleitung Berlin-Stuttgart die geübten Erwartungen bis jetzt nicht erfüllt. In den meisten Tagen konnte der Draht überhaupt nicht benutzt werden; im übrigen aber war die Verbindung

eine derart mangelhafte, daß in manchen Fällen die Gespräche abgebrochen werden mußten. Die Ursache dieses Uebelstandes ist nicht bekannt.

Tödtlich verbrannt. Die 22-jährige Marie Kellner, die mit ihrer Mutter Kaufherrstr. 3 wohnt, leidet zeitweilig an Krämpfen. Als am Sonnabendabend die Mutter auf kurze Zeit ausgegangen war, bekam das Mädchen einen Anfall, stieß den Tisch mit der brennenden Petroleumlampe um, welche die Kleider der Unglücklichen und mehrere Möbelstücke in Brand setzte. Das Mädchen muß sofort die Bestimmung verloren haben, denn keiner der Nachbarn hatte einen Schrei vernommen. Durch den Brandgeruch aufmerksam gemacht, drang der Kellner Anwalt in die brennende Wohnung und löschte im Verein mit seiner Frau die Flammen. Dann erst fand man das Mädchen auf dem Fußboden liegend, am Unterkörper furchbar verbrannt. Die Sanowiter der Feuerwehr brachten die schwer Verletzte nach dem Krankenhaus Bethanien. Das Mädchen dürfte kaum gerettet werden.

Beim vorzeitigen Abpringen von einem Pferdebahnhofen der Linie Dönhofsplatz-Lichtenberg verunglückte in der Nacht zum Montag der Arbeiter Karst aus der Gubenstraße 12a an der Ecke der Remeler- und Frankfurterstraße. Die Rettungswache in der Frankfurter Allee leistete ihm die erste Hilfe.

Fahrradddiebe treiben in verschiedenen Stadtvierteln wieder ihr Unwesen. Der Oberst v. Kaldenitz aus der Reichenburgerstr. 8 nahm vor drei Wochen seine Maschinen, ein Herren- und ein Damenrad, von der Halensee-Reimbahn mit nach Hause und stellte beide in einem untergeschlossenen Raum auf dem Treppenaufgang im hohen Erdgeschloß. Am Sonntagabend entdeckte man, daß sie gestohlen waren. In ähnlicher Weise ist vor einigen Tagen der Attache Teng-Pan von der Hinesischen Gesandtschaft um sein Rad gekommen. Es wurde ihm aus dem ebenfalls verschlossenen Hause Kaiser Friedrichstraße 31 gestohlen.

Unbekannt gestorben ist Sonntagabend auf dem Behrter Stadtbahnhof eine gutaussehende Dame von etwa 65-70 Jahren, die wahrscheinlich von einem Besuche nach Hause zurückkehren wollte. Sie kam mit einem Stadtbahzuge vom Bahnhofs Bellevue her.

Einem Selbstmordversuch unternahm in der Nacht zum Sonntag der Buchhalter Erich C. aus der Dresdenerstraße. Der junge Mann, der in einem Kurzwaren-Engros-Geschäft seit sechs Jahren thätig war, erregte in den letzten Monaten bei seinen Freunden und Bekannten dadurch Aufsehen, daß er ein sehr ausschweifendes und mit seinen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringendes Leben führte. Er war ein ständiger Besucher zahlreicher Restaurants mit Damenbedienung und verschiedener Café-Salons, wo er durch große Geldausgaben viel von sich reden machte. Am Sonnabendabend hatte er wieder einige Freunde in ein jener Lokale geladen, wo er sie freigebig bewirtete. Gegen 12 Uhr trennte sich die fröhliche Gesellschaft, und C., der einer der Lustigsten gewesen war, begab sich nach Hause. Kaum hatte er sein Zimmer betreten, als er sich an einem Revolver eine Kugel durch den Kopf jagte. Die Eltern eilten herbei und sorgten sofort für ärztliche Hilfe. Ein vorgefundener Brief gab Aufklärung über die Motive, die den jungen Mann zu der unglücklichen That getrieben haben. Er hatte, um seinen Passionen fröhnen zu können, auf den Namen seines Vaters einen Wechsel gefälscht, der am Montag fällig war. Die Eltern des C. haben sich bereit erklärt, den Wechsel einzulösen.

Einem seltsamen Anstreich gab es in der Nacht zum Montag gegen 12 Uhr an der Dronienbrücke. Hier entledigte ein unbekannter junger Mann, der nur Weste, Hose, Unterleider und Jagdschiff trug, sich seiner Kleidung und sprang in den Kanal. Er wurde gerettet und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er noch immer bewußtlos darniederliegt. Es soll ein Arbeiter Karl Berg sein, der seit langer Zeit an Krämpfen leidet.

Auf dem Dan verunglückt ist gestern vormittag der Arbeiter Otto Radde aus der Remelerstr. 43. Er schlief auf dem Reubau des Lueregebändes in der Frankfurter Allee 107 aus der Höhe des ersten Stockes herab, brach sich den rechten Oberschenkel und wurde durch die Rettungswache I nach seiner Wohnung gebracht.

Theater. Im Schiller-Theater wird jetzt „Die Nixen“, Schauspiel in vier Aufzügen nach Conrad Ferdinand Meyer vom Roman Wöhner, vorbereitet. Die erste Aufführung ist für Dienstag, 5. Dezember, in Aussicht genommen. Heute findet die letzte Wiederholung des Schauspiel „Der Richter von Salamis“ statt.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit wurde die Wehr mehrmals gerufen. In der Nacht zum Montag brannten Liebigstraße 12 Bodenverfänger. Zur selben Zeit brach Köpenickerstraße 6 in einem Cigarettenladen Feuer aus, doch konnte die Gefahr bald beiseite gerufen werden. Eine Stunde später hatte Hoher Steinweg 4 die Ballenlage und Schaldecke Feuer gefangen. Ein Wohnungsbrand rief die Wehr nach Dresdenerstraße 3. Betten, Kleidungsstücke und Möbel wurden hier zerstört. Uebrigens wurde in einem Schusterladen verursacht eine Alarmierung der Wehr nach Neue Königstraße 55/56. Montagmorgens war Schopenhauer Allee 188 ein Zimmerbrand zu befechtigen, der Möbel, Kleidungsstücke usw. zerstörte. Teltowerstraße 13 hatte die Ballenlage Feuer gefangen. Kurz nach 2 Uhr wurde die gesamte 3. Compagnie nach Zinkstraße gerufen, wo in dem Pelzwaren-Geschäft von C. Schmidt Feuer ausgebrochen war. Der Brand wurde mit einem Rohre abgelöscht, doch soll der Schaden sich auf einige tausend Mark begreifen.

Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. Die Vertrauensleute, Mitglieder der Lokalkommissionen und sonstige Parteigenossen in den Vororten und der Umgegend von Berlin, welche Mitteilungen zur Lokalliste zu veröffentlichen haben, werden dringend ersucht, ihre Zusendungen einzig an den Parteigenossen Karl Scholz, Wrangelstraße 110, Berlin SO, zu richten. Mitteilungen der erwähnten Art, die der Redaktion des „Vorwärts“ direkt zugehen, werden nicht publiziert, sondern in allen Fällen dem Genossen Scholz zugeandt.

Änderungen zur Lokalliste. In Nieder-Schönhagen ist das Lokal Moabitler Brauerei-Auskauf, vormals Schäfer, Lindenstraße 43, in den Besitz von Th. Grünmayer übergegangen. Das Lokal steht der Partei jederzeit zur Verfügung.

In der letzten Lokalliste muß es unter Reinickendorf heißen: Arbeiter-Verkehrslokal Wirtshaus Zur Lanne, Kordbahnstraße 15. Die Lokalkommission.

Weitere Beschränkung der Sonntagdrücke. Für den Geschäftsbetrieb an den letzten Sonntagen vor Weihnachten und Neujahr hat jetzt der Regierungspräsident in Potsdam den Ortspolizeibehörden seines Bezirks zur Kenntnis gebracht, daß er im Falle des Bedürfnisses auch dort, wo bereits für sechs Stunden oder Festtage des laufenden Jahres eine erweiterte Beschäftigungszeit gestattet worden ist, demnach den Handelsverkehr in offenen Verkaufsstellen am 24. und 31. Dezember für die Dauer von 10 Stunden freigebe. Doch soll die Verkaufszeit am 31. Dezember nicht über 7 Uhr abends ausgedehnt werden dürfen, während am 24. Dezember eine solche Ausdehnung statthaft sein soll.

Weihnense. Mittwochabend 8 1/2 Uhr spricht Rud. Steiner im Arbeiter-Bildungsverein, Parkstraße 13, über Kunst und Literatur im Verhältnis zur Naturwissenschaft.

Die Verlegung der Infanterie-Schießschule von Ruhleben nach einem besser geeigneten Ort wird von der Militärverwaltung schon seit längerer Zeit erwogen. Es verlautet, daß der Döberitzer Schießplatz in Aussicht genommen worden ist.

Die Stichwahl zum Stadtverordneten-Kollegium in Charlottenburg endete mit einer Niederlage unserer Parteigenossen. Es erhielten im 4. Bezirk Genosse Schwarzberg 604, die Gegner 600 Stimmen; im 5. Bezirk unsere Parteigenossen Dr. Borchardt und Sellin 770, die Gegner 847 Stimmen.

Rixdorf. Mit der Klage gegen die Stadtverordneten-Versammlung Rixdorfs, welche sich gegen den Beschluß richtet, durch den die Wohl der acht socialdemokratischen Hausbesitzer für gültig erklärt wurde, hat sich jetzt der Bezirksausschuß in Potsdam beschäftigt. Die Stadtverordneten-Versammlung wurde vom Justizrat Wäntner und der Kläger Genisch, wie zu erwarten war, von dem eigentlichen Urheber der Klage, dem ehemaligen Lehrer und jetzigen Rollereibesitzer und Stadtv. Weiß vertreten. Das Gericht kam noch nicht zu einem Urteil. Es will erst darüber Beweis erheben, auf welche Weise die fraglichen acht Parteigenossen zu ihren Hausanteilen gekommen sind.

Nachdem das Projekt eines städtischen Schlichtamtes an dem Widerstande einer Anzahl Beteiligten gescheitert ist, haben jetzt die vier Grundbesitzervereine ein Privat-Schlichtamt gegründet. Es soll vom 1. Dezember ab in Funktion treten.

Aus Rixdorf. In der Steinmehlfabrik gerieten in der Sonntagnacht zwei Arbeiter in Streit, wobei beide sich mit Messern bearbeiteten. Einer der Beteiligten wurde hierbei so schwer verletzt, daß er nach einem Krankentransporte gebracht werden mußte. Ein eigenartiger Straßenbahn-Unfall ereignete sich am Sonntagabend 9 1/2 Uhr in der Bergstraße hier selbst. Auf der Linie Dönhofsplatz-Ankerstraße fuhren die Straßenbahn-Wagen auf der Einfahrt die ziemlich steile Ziehstraße hinauf und bei der Rückfahrt die noch flachere Steinmehlfabrik hinunter. Am Sonntagabend versagte nun bei dem Motorwagen 1755 die Bremse, sodaß der Wagen mit ungeheurer Schnelligkeit die Steinmehlfabrik hinunterstürzte, unten angekommen und dem Geleise sprang, über den Straßendamm der Bergstraße fuhr und schließlich in das Schaufenster des Tengelmannschen Kaffeegegeschäfts hineinfuhr, dabei alles zertrümmert, was ihm im Wege war. Mitten im Laden blieb der Koffel stehen. Der Fahrer des Wagens blieb wie durch ein Wunder unverletzt, zwei auf dem Vorderrad befindliche Passagiere wurden leicht verletzt und zwar erhielt ein Milchhändler aus der Hohrechtstraße eine Verstauchung, ein Schneider aus der Woblfstraße leichte Verletzungen an der Schulter und am Arm. Auch im Innern des Wagens befanden sich mehrere Personen, von welchen eine Frau und ein Kind leichte Abschürfungen erlitten. Noch vielen vergeblichen Bemühungen, den Wagen aus dem Laden herauszuziehen, legte man einen elektrischen Straßenbahnwagen vor, welcher den Wagen auch glücklich herausbrachte. Der Motorwagen selbst ist natürlich erheblich beschädigt, noch größer aber ist der Schaden, der in dem Kaffeegegeschäfte angerichtet worden ist und den selbstverständlich die Straßenbahn-Gesellschaft zu tragen hat. Die Unglücksfälle wurden am Sonntag bis in die Nacht hinein und gestern während des ganzen Tages von vielen Neugierigen besichtigt.

Die endgültige Regelung der Rixdorfer Polizeiverhältnisse in gleicher Weise, wie es am 1. d. Mts. in Rixdorf durch Ministerialverfügung geschehen ist, wird nun bestimmt am 1. Januar 1900 erfolgen. Es wird dann fast das gesamte Polizeiwesen Rixdorfs, einschließlich der Wappholzei, welche die Stadt sehr ungern verliert, der dortigen königlichen Polizeidirektion unterstellt werden. Der Stadt erhalten bleiben wird nur die Straßen- und Begebau-Polizei.

Beim Ausrücken verunglückt ist gestern morgen in Charlottenburg der Oberfeuermann Karl Schneidemann. An der Ecke der Wilmersdorfer- und Kanitzstraße geriet durch Kurzschluß ein Straßen-

bahnwagen in Brand, zu dessen Löschung die Feuerwehr gerufen wurde. Schneidemann, der mit dem Wadde dem Zuge vorausfuhr, kam an der Ecke der Grün- und Wilmersdorferstraße zu Falle und zog sich Quetschungen und Abschürfungen am Kopfe und am rechten Arme zu. Er wurde auf der Rettungswache in der Wilmersdorferstraße verbunden und mit einer Droscje in seine Wohnung gebracht.

Schöneberg. In der Bahnstraße 17 kam Montagabend 8 1/2 Uhr ein großer Brand zum Ausbruch, der Dachwohnungen, Trockenböden und das Dach einäscherte, so daß der entstandene Schaden beträchtlich ist. Die Berliner Feuerwehr, die ebenfalls auf der Brandstätte erschien, brauchte nicht in Thätigkeit zu treten, da die Schöneberger allein Herr des Feuers wurde.

Vermischtes.

Gewaltige Stürme haben ausgangs der verflossenen Woche die Küste der Ostsee heimgesucht. Aus allen Hafenorten laufen Meldungen über angedrohte Verheerungen ein. Am schlimmsten scheint der Sturm aber an der russischen Ostküste gewüthet zu haben. Aus Reval wird unterm 25. November telegraphiert: Bei heftigem Sturm ist heute der Schooner „Bruno“, aus Port Auuda kommend, auf den Strand von Reval geworfen worden. Vier Mann der Besatzung sind umgekommen, einer gerettet; im Hafen von Reval ist ein Segelschiff umgeschlagen, ein anderes auf den Strand geworfen worden. Zwei Segelschiffe sind bei der Insel Mälos gestrandet. Der Sturm dauert noch an. Aus Riga wird unterm 26. November gemeldet: Hier wüthet ein furchtbarer Sturm. Das Wasser stieg um 8 Fuß und überschwemmte mehrere Straßen. Viele Fahrzeuge und Holzstöße wurden fortgerissen. Die Barkenlagern sind stark beschädigt; auch der übrige Sachschaden ist groß.

Aus Petersburg wird berichtet, daß bei sechs Grad Kälte die Neva eingefroren ist. Längs der Westers Eisenbahn hat ein starker Orkan in einer Ausdehnung von mehr als hundert Meilen gewüthet. Die Dächer mehrerer Stationsgebäude wurden abgerissen.

Die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger teilt von der Rettungsstation Vorkum mit: Am 27. November von den hier gestrandeten Heringsloggern „Norden“ und „Heinrich Daniel“, Kapitane Biffer und Körning, 28 Personen durch das Rettungsboot „Otto Hoff“ der Station gerettet.

Bei der Fokkaffe der Eisenbahndirektion Köln sind Untersuchungen von bedeutendem Umfange vorgekommen. Von dem Thäter sollte jede Spur. Die Hausdurchsuchungen, die bisher vorgenommen worden, blieben erfolglos.

Schutz den Liebespaaren. Der in Freiburg a. N. erscheinende „Vote“ bringt folgenden „Aufruf der Liebespaare“: „In der am 15. November abgehaltenen Bürgerversammlung wurde der Antrag gestellt, an der Mollerei eine — beleuchtete — Nachtwächter-Steckuhr anzubringen. Dieser lausnhafte Wink ist der einzige dunkle, ungehörte, sichere Platz für das Stillsitzen Liebender. Wir bitten die Herren Stadtverordneten, diesen unliebenswürdigen Antrag abzulehnen.“

In Paris sind in einem Greifenstahl entsetzliche Mischhandlungen aufgedeckt worden. Ein ehemaliger Franziskaner, nämlich Ramens Yves-Marie Morin, der sich durch äußere Frömmigkeit große Achtung zu erlangen wußte, hat nicht allein schlimme Erblichkeitsereien und Verbrechen an den Äskulien verübt, sondern auch sich zahlreicher grober Mischhandlungen schuldig gemacht, ja man spricht davon, daß mehrere Personen infolge der von ihm verübten Verbrechen den Tod gefunden haben sollen.

Der Circus Durow in Rischinow ist niedergebrannt. Eine Anzahl dreifüßiger Tiere ist dabei umgekommen.

Die ersten Versuche in den Vereinigten Staaten mit dem Polak-Wirag-System der Schellentelegraphie wurden Freitag unternommen. Zwischen Chicago und Buffalo wurden 90 000 Worte in der Stunde telegraphiert. Zwischen Chicago und Milwaukee wurden gar 140 000 Worte in der Stunde abgefaßt. Die Entfernung zwischen Chicago und Buffalo beträgt 1062 Meilen. Herr Wirag überwachte die Experimente und glaubt, daß durch eine Verbesserung des Systems noch mehr Worte innerhalb einer Stunde telegraphiert werden können.

Marktpreise von Berlin am 25. November 1899

nach Ermittlungen des lat. Volksgeldprübiums

*) Weizen D. Str.	15.-	13.80	Schweinefleisch 1 kg	1.60	1.10	
*) Roggen	14.30	13.50	Kalbsteisch	1.80	1.-	
*) Hafer-Gerste	13.90	13.-	Schmalzfleisch	1.60	1.-	
*) Hafer gut	15.20	14.50	Butter	2.80	2.-	
*) mittel	14.40	13.70	Gier 60 Stk	8.-	2.80	
*) gering	13.60	13.-	*) Karfen 1 kg	2.20	1.20	
Rüchfleisch	4.-	3.50	Kale	2.80	1.40	
*) Fett	6.80	4.20	*) Jambier	2.50	1.-	
*) Gersten	40.-	25.-	*) Gedte	1.80	1.-	
*) Speckschonen	50.-	25.-	*) Parische	1.60	0.80	
*) Hühner	70.-	30.-	*) Schote	2.80	1.40	
Kartoffeln, neue	7.-	5.-	*) Mele	1.20	0.80	
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1.00	1.20	*) Krefte	per Schof	12.-	3.-
*) Schaf	1.20	1.-				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtsch. Schaftskammern - Kollationsstelle - und umgerechnet vom Volksgeldprübium für den Toppel-Centner. *) Kleinhandelpreise.

Produktenmarkt vom 27. November. Bei sehr geringer Geschäftsbeteiligung gab es Weizen und Roggen je 0.50 M. im Preise nach. Ein größerer Rückgang wäre jedenfalls eingetreten, wenn nicht das aus Petersburg gemeldete Zutreffen der Neva dem entgegengeiwirkt hätte. Hafer und Mais waren still und schwächer.

Am Spiritusmarkt überwog das Angebot die Nachfrage und der loco ging bei einigem Handel um 0.20 M. auf 47.30 M. zurück. Termine lagen sehr still, eher schwächer, nur November wurde 51.50 M. gehandelt.

Kartoffelmarkt. Früchte Kartoffelstärke 10.40 M. La reine Kartoffelstärke disponibel und Dezember-Januar 19.75 M. La Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 18.50-19 M. per 100 Kilogramm.

Gier Bericht vom 27. November. Kannele Gier je nach Qualität von 3.75-3.90 M. per Schof. Annotierte keine Ware je nach Qualität von 2.70-2.85 M. per Schof. Kaffee je nach Qualität von 3.35-3.40 M. per Schof. Tendenz: ruhig.

Briefkasten der Redaktion.

Unparteiisch. Nicht Rasper, sondern Werner.

Witterungsüberblick vom 27. November 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Stettin	761	W	3	Regen	7	Danzig	774	SW	2	bedeckt	1
Frankfurt	764	W	3	Regen	8	Breslau	773	W	5	bedeckt	11
Berlin	765	W	4	Regen	8	Magdeburg	763	SW	2	wolfig	11
Wiesbaden	773	SW	1	bedeckt	3						
München	774	W	4	wolfig	1						
Wien	763	W	2	bedeckt	4						

Wetter-Prognose für Montag, den 28. November 1899. Ein wenig kühler, zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetter-Bureau.

Achtung! Achtung!
Socialdemokratischer Wahlverein
für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, 28. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Miegel, Stralanerstr. 57:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des Vorstandes.
4. Befähigung der Abteilungs- und Bezirksführer. 5. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rosenow über „Thomas Münzer“.
Die Mitglieder des Wahlvereins erhalten das Protokoll vom Parteitag in Hannover. Mitgliedsbuch legitimiert. 236/11
Regen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Wahlverein des III. Kreises.
Dienstag, den 28. November, abends 8 Uhr,
in Spiegelbergs Apollo-Saal, Sebastian-Strasse 39:
Versammlung.
Tagesordnung: 241/2
1. Vortrag des Reichsanwalts Herrn Victor Frankl über „Das neue Recht und die beschlossenen Volkstafeln“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Das Protokoll des Parteitages in Hannover gelangt in der Versammlung durch den Kassierer zur Verteilung.
Regen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Textilarbeiter u. Arbeiterinnen!
Mittwoch, 29. November, abends 8 Uhr, im Lokal Graumann, Nauynstr. 27:
Große öffentliche Versammlung
aller in Appreturen und Färbereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen F. Kotte: Arbeiterlohn und Unternehmengewinn. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Wahrung eines Kollegen der Firma Kiebel? 4. Verschiedenes. 273/4
Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Appreturen und Färbereien arbeiten, sind hiermit ganz besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann.

Charlottenburg.
Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr,
in der Gambinusbrauerei, Wallstr. 94:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Arbeiterinnenschug. Referent Reichstags-Abgeordneter E. Wurm. 2. Diskussion. 204/20
Zahlreichen Besuch, besonders der Arbeiterinnen, erwartet
Die Vertrauensperson.

Rixdorf.
Mittwoch, den 29. November 1899, abends 8 1/2 Uhr:
Große Volks-Versammlung
im Apollo-Theater (Inhaber v. Thomas) Hermannstr. 48-50.
Tages-Ordnung:
1. Die Gewerbetriebl. Wahlen im hiesigen Ort. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Wolfgang Reine. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es ist selbstverständlich Pflicht der Rixdorfer Arbeiterschaft, sich an dieser Versammlung recht zahlreich zu beteiligen. 205/1
Der Vertrauensmann der Gewerkschaften.

Dienstag, den 28. November 1899, abends 8 Uhr,
im Kösliner Hof, Köslinerstr. 23:
Volkssversammlung
Tages-Ordnung:
Der Arbeiterinnenschug in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung.
Referenten Herr Reichstags-Abgeordneter Genosse Fischer (Sachsen) und Herr Dr. med. Genosse Freudenberg. 1/19
Zahlreichen Besuch erwartet
NB. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß am Donnerstag, den 30. November, zwei Volkssversammlungen stattfinden mit dem gleichen Thema und zwar wird sprechen: Reichstags-Abgeordneter Rolfsendur und Dr. Friedberg bei Keller, Kopenstraße; Reichstags-Abgeordneter Rosenow und Dr. Jabel in Gabels Brauerei.
Die Vertrauensperson.

Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen,
Ackerstraße 6-7:
Öffentl. Versammlung der Maurer Berlins
und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation).
Tages-Ordnung:
1. Die Konferenz der Maurer Deutschlands und Wahl der Delegierten zu derselben. 2. Beschlußfassung über den Endtermin der diesjährigen Sammlung und Abschmelzung der Sammelkarte. 3. Gewerkschaftliches. 102/4
Die Lohnkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Branchen-Versamml. d. Musikinstrumenten-Arbeiter
am Dienstag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Zölls (Küchenhof), Köpnickstraße 137/138.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Naturarztes Herrn C. Lindemann über: „Welchen Wert hat die Naturheiltherapie für die Lösung der sozialen Frage?“
2. Die Preissteigerung für Pianinos und Flügel mit der Begründung der seit Jahren steigenden Arbeitslöhne. 3. Verschiedenes.
Kollegen, der Tagesordnung wegen erscheint pünktlich und zahlreich.

Branchen-Versammlung der Drechsler
am Dienstag, den 28. Nov., abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Dieke, Ackerstraße Nr. 123.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Louis Güh über: „Lohn- und Accorarbeit“.
2. Diskussion.
3. Der Streik in den Maschinenfabriken und der Terrorismus dieser Herren Arbeitgeber.
4. Verschiedenes.
Die Drechsler in den Fabrik- und Modellmachereien sind hierzu ganz besonders eingeladen.
Werde Kollegen! Da in der nächsten Zeit Punkt 1 für die Drechsler Berlins eine brennende Frage wird, ersuchen wir die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen. Die Drechsler in den anderen Bezirken sind ganz besonders eingeladen. 278/20
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Droschkenkutscher Achtung!
Dienstag, den 28. November, abends 9 Uhr, in Stechris Saal,
Hindenburgstr. 21:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten H. Hoffmann über: Auf was wir stolz sind. 2. Das denunziatorische Benehmen einzelner Droschkenschiffer und was haben wir zu thun. 3. Diskussion. 1105/5
Wir ersuchen die Kollegen, in dieser Versammlung sämtlich und pünktlich zu erscheinen.
Das Agitationskomitee.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der
Beitragträger 11196
Wilhelm Freude
am 25. November, im 51. Lebensjahre nach kurzen Krankenlager sanft entschlafen ist.
Dies seligen Liebetraut an
Witwe Freude nebst Geschwistern.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofhalle der St. Marien-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.

Orts-Krankenkasse
des Töpfergewerbes
zu Berlin.
Mittwoch, den 29. November, abends 6 Uhr, bei Herrn Lange, Dragonerstraße 15:
Ordentl. Generalversammlung
der Mitglieder (Arbeitgeber und Arbeitnehmer).
T. O.: 1. Wahl von 17 Delegierten (Arbeitnehmer) § 47 des Statuts. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. 104/2

Mittwoch, den 29. November, abends 7 Uhr, bei Herrn Lange,
Dragonerstraße 15:
Ordentl. Generalversammlung
der Delegierten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer).
T. O.: 1. Revis. bezw. Entlassung des Vorstandes § 47 des Statuts. 2. Wahl des Aufsichtsrats zur Beerdigung der Rechnung pro 1899. 3. Anträge von Mitgliedern und des Vorstandes §§ 14 und 15 des Statuts. 4. Verschiedene Anwesenheitsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Bade-Anstalt Norden
Lortzingstr. 33.
Vollständig, Russisch, Dänisch, Dampf-
bäder mit Massage und Packungen.
Bäder, Saunabäder, Hydrotherapie, elektrische
und fohlenzure Baden, Vierzehn Familien-
Anstalten. 2687/2

Socialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, 3. Dezember, mittags 2 Uhr:
Sondervorstellung in der Urania
Tandemstraße 48/49, 245/17
Billets a 60 Pf. sind bei den Abteilungs-, Bezirksführern, sowie in folgenden Zahlstellen zu haben: R. Richter, Kollisions-Geschäft, Neue Königstr. 90; O. Wendlandt, Cigarengeschäft, Marienburger-
straße 32; W. Knötzsch, Schanzen, Dittmarsch 10; Wilhelm
Ludwig, Schanzewirt, Vandenbrück 11; E. Wittchow, Schanzewirt,
Ecke Wäcker und M. Hamburgerstraße; E. Gründer, Schanzewirt,
Johannstraße 9; Emil Jäckel, Schanzewirt, Roudhofsplatz 10; J. Reul,
Cigarengeschäft, Bismarckstr. 42; Wilh. Spaet, Schanzewirt, Weinstr. 25